

# Wetzlarer Nachrichten

Zeitung der **SPD** Wetzlar

Jahrgang 9 | Ausgabe 1 | März 2017

## Wetzlar wächst weiter

Wetzlar verzeichnet zum Jahreswechsel 2016/2017 erstmals wieder seit langer Zeit mehr als 53.000 Einwohner – exakt 53.201 und wächst damit gegenüber dem Vorjahr um mehr als 740 Einwohnerinnen und Einwohner. *Seite 3*



## Haushalt 2017 mit Überschuss

„Gewürzter“ Schlagabtausch in der Stadtverordnetenversammlung zwischen den Mehrheitsfraktionen und der Opposition aus CDU, FDP und NPD über den Nachtragshaushalt. *Seite 6*



## Lina-Muders-Preis geht an Ernst Richter

Für seinen Einsatz für das Erinnern, gegen das Vergessen und das Eintreten für die Werte unserer freiheitlichen, demokratischen und solidarischen Gesellschaft. *Seite 10*



# Martin Schulz auf dem Weg ins Kanzleramt

Unsere Bundestagsabgeordnete Dagmar Schmidt über den Kanzlerkandidaten der SPD und die neue Aufbruchstimmung

**Wie keine andere Partei steht die SPD für soziale Gerechtigkeit. Mit Martin Schulz als Kanzlerkandidat stellen wir das Thema in den Mittelpunkt unseres Programms. Er bringt frischen Wind mit und ein glaubwürdiges Angebot.**

Martin Schulz ist einer von uns. Ein Sozialdemokrat wie aus dem Lehrbuch.

Martin hat das Gymnasium vor dem Abitur verlassen, wollte Profifußballer werden. Dann verletzte er sich auf dem Sportplatz in seinem Heimatort Würselen schwer am Kniegelenk. Die Fußballkarriere war dahin, Martin verlor den Halt.

Familie und Freunde richteten ihn wieder auf. Er beschloss, mit Mitte 20 ein neues Leben zu beginnen. Er machte eine Buchhändlerlehre und eröffnete Anfang der Achtziger einen eigenen Buchladen, den er bis 1994 führte. Den Laden gibt es heute noch.

Schulz trat 1974 in die SPD ein. Ein Kommunalpolitiker voller Überzeugung. Von 1987 bis 1998 war er elf Jahre lang Bürgermeister von Würselen. Hier lernte er Politik von der Pike auf. 1994 wurde Martin zum ersten Mal ins Euro-



Martin Schulz, Kanzlerkandidat der SPD

paparlament gewählt. Von 2004 bis 2012 führte er die sozialdemokratische Europafraktion als ihr Vorsitzender. 2012 wurde Martin Schulz zum Präsidenten des Europäischen Parlaments gewählt. Martin Schulz hat dafür gesorgt, dass die Parlamentarierinnen und Parlamentarier erstmals eine wirklich wichtige und vernehmbare Stimme innerhalb der europäischen Institutionen bekamen.

Wir leben in einem starken Land – aber zu viele Menschen haben nicht Teil an unserem Wohlstand. Und viele Menschen haben Angst davor, sozial abzustiegen. Für diese Menschen ist die SPD da!

Martin Schulz hat klare Vorstellungen wie er Deutschland verändern möchte:

1. Mehr soziale Gerechtigkeit. Mit einer Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I

würdigen wir die Lebensleistungen der Menschen. Wenn jemand mit 50 Jahren nach 15 Monaten Arbeitslosengeld I Hartz IV erhält wie jemand, der nie gearbeitet hat, dann ist das ungerecht.

2. Mit einer klaren Haltung gegen jegliche Form von Diskriminierung und Fremdenhass. Schon im Europaparlament hat er den Neofaschisten und Rechtspopulisten die Stirn geboten. Legendar war sein Auftritt 2003 im Europaparlament, als er den umstrittenen italienischen Ministerpräsidenten und Medienmogul Silvio Berlusconi frontal für seine Politik kritisierte. Berlusconi verglich ihn daraufhin mit einem Nazi-Kapo im Konzentrationslager.

3. Für ein solidarisches Europa und kein einfaches weiter so. Nur gemeinschaftlich können die Probleme gelöst werden, vor denen Europa steht.

Als Sozialdemokratin, Bürgerin, Abgeordnete und Kandidatin der SPD unterstütze ich Martin Schulz! Die SPD hat in der großen Koalition bereits viel erreicht. Aber wir wollen noch sehr viel mehr – mehr Gerechtigkeit, mehr Sicherheit und einen handlungsfähigen Staat.

Die aktuellen Umfragewerte ge-

ben uns recht: Nichts ist so modern, wie eine soziale, gerechte Politik für die Menschen.



**Dagmar Schmidt ist seit 2013 Mitglied im Deutschen Bundestag.** Dort ist sie im Ausschuss für Arbeit und Soziales und stellvertretendes Mitglied im Petitionsausschuss und im Auswärtigen Ausschuss. Sie ist zudem Vorsitzende der Deutsch-Chinesischen Parlamentariergruppe. Im Dezember 2015 wurde sie zum zweiten Mal in Folge in den Bundestag gewählt, wo sie sich ebenfalls hauptsächlich mit dem Themenbereich Arbeit und Soziales beschäftigt.

## Auszüge aus der Rede von Martin Schulz beim Aschermittwoch der Bayern-SPD

**In seiner umjubelten Rede beim Politischen Aschermittwoch der Bayern-SPD hat Martin Schulz Themen angesprochen, die zahlreichen Anhängern der Sozialdemokraten unter den Nägeln brennen. Die wichtigsten Aussagen haben wir für Sie zusammengefasst:**

### SPD und Wahlkampf

„Wir Sozialdemokraten treten an mit dem Anspruch, stärkste Partei im Land zu werden. Ich trete an, um Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland zu werden.“

„Die Gesellschaft insgesamt hat Respekt zu zollen, wenn Menschen, die hart arbeiten, über sich

reden. Es kommt nicht auf Abitur oder akademischen Titel an, sondern darauf, den Menschen jenen Respekt zu geben, den sie für ihre Lebensleistung verdient haben. Die SPD muss den Menschen diesen Respekt geben.“

„Am Anfang jeder Überlegung muss die Frage stehen, ob die Maßnahme geeignet ist, das Leben der hart arbeitenden ein bisschen besser zu machen. Das ist es, was die Menschen von uns erwarten.“

### Innenpolitik

„Wir kämpfen mit harten Argumenten, aber nicht mit persönlichen Angriffen oder Beleidigungen.“

CDU und CSU sind nicht mehr ganz beisammen, das ist das Problem dieser beiden Parteien.“

„Wir wollen die Tarifbindung stärken. Die Gewerkschaften können sich darauf verlassen, dass wir in dieser Sache an ihrer Seite stehen.“

„Deutschland ist ein blühendes Land mit einer dynamischen Wirtschaft, weil wir eine hart arbeitende Bevölkerung gut ausgebildeter Facharbeiter haben, die dieses Land am laufen halten.“

„Das Land, in dem ein Unternehmen seinen Profit macht, muss auch das Land sein, in dem das Unternehmen seine Steuern bezahlt.“

„Wenn wir Milliarden für die Bankenrettung ausgeben und in den Schulen bröckelt der Putz, dann ist das nicht gerecht. Das muss geändert werden.“

„Wir dürfen die Rücklagen nicht für eine Steuerreform verwenden, sondern müssen in Forschung, Infrastruktur, Kitas und Bildung investieren.“

### Außenpolitik

„Ein starkes Europa ist im besten Interesse der Bundesrepublik Deutschland. Ein Deutschland gegen Europa oder Europa gegen Deutschland wird es mit mir nicht geben. Wer ins deutsche Kanzler-

amt will, der muss Europakompetenz haben.“

„Herr Erdogan sollte sich besser um die Pressefreiheit in der Türkei bemühen als um den Wahlkampf in der Bundesrepublik. Erdogan kommt weniger als Regierungschef und mehr als Wahlkämpfer.“

### AfD und Rechtspopulismus

„Rückwärtsgewandte Kräfte dürfen den Jungen nicht die Zukunft stehlen. Wir stehen für ein klares Nein an die Nationalisten, die Europa zerstören wollen.“

„Die AfD ist keine Alternative für Deutschland, sie ist eine Schande für die Bundesrepublik.“

## Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier

Große Freude bei der SPD über einen Sozialdemokraten im höchsten Amt *Seite 2*





Beim Eberacker 5  
35633 Lahnu-Dorlar  
Telefon: 0 64 41/94 33-0  
[www.sauter-mkb.de](http://www.sauter-mkb.de)



**SCHÜCO**

Fenster · Türen · Vordächer · Wintergärten · Markisen · Rollläden · Rolltore  
Rollgitter · Jalousien · Klappläden · Tore & Zäune · Insektenschutz

## Aus dem Inhalt

**AUS DEN STADTTEILEN**  
Soziale Stadt Dalheim

4



**AUS DEN STADTTEILEN**  
Neuer Plan für Schattenlänge

5



**AUS DER STADT**  
Holocaust Gedenktag

6



**POLITIK**  
Verfassungsfeinde im  
Wetzlarer Parlament

9



**AUS DEN STADTTEILEN**  
Heringessen der SPD

12



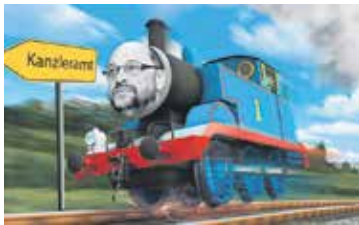
**UDO BULLMANN**  
Schäuble riskiert neue  
Griechenlandkrise

13



**JUSOS**  
Wetzlar-Kurier will mit Fake-  
News den Schulzug aufhalten

14



**STEPHAN GRÜGER**  
Die neun guten Gründe für  
die Energiewende

15



# Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier

## Große Freude bei der SPD: Ein Sozialdemokrat im höchsten Amt der Republik

**Endlich, nach 1999 haben wir wieder einen sozialdemokratischen Bundespräsidenten.**

Mit Frank Walter Steinmeier zieht ein Mann ins Bundespräsidentenamt, der bewiesen hat, dass er gestalten kann und der auf das wirkliche „Miteinander“ setzt.

In seiner Zeit als Außenminister hat er gezeigt, dass Dialog, Annäherung und die Aufmerksamkeit die Grundlagen sind für diplomatische Lösungsstrategien in schwierigen, konfliktbehafteten Regionen unserer Welt.

Er kennt Deutschland, er kennt die Außenpolitik, er wird seine Erfahrungen nutzen um den Überblick zu wahren. Seine Beharrlichkeit und Ausdauer sind bekannt. Nicht sprunghaftes vorwärts Drängen ist sein Motto, sondern ruhiges und verlässliches Tun.

Das gerade wird uns allen gut tun in einer Zeit, in der Nachrichten, Fake-News und Katastrophen bei vielen Menschen Unsicherheit und Ängste hervorrufen.

Er wird es schaffen, den Blick mehr auf das zu lenken, was wir als Nation geschafft haben, als nur auf unsere Defizite zu schauen. Begonnen hat er schon in seiner Rede:

„Wir machen anderen Mut –



Frank-Walter Steinmeier im Kreise der heimischen Sozialdemokraten bei seinem letzten Besuch in Wetzlar

nicht weil alles gut ist in unserem Land. Sondern weil wir gezeigt haben, dass es besser werden kann! Dass nach Kriegen Frieden werden kann; und nach Teilung Versöhnung; dass nach der Raserei

der Ideologien so etwas einkehren kann wie politische Vernunft; dass uns vieles geglückt ist in unserem Land.

Wir haben uns unserer Vergangenheit gestellt und damit Verant-

wortung für die Gegenwart und die Zukunft übernommen.“

Der neue Bundespräsident wird uns immer wieder an das Fundament erinnern, damit wir alle optimistisch in die Zukunft schauen.

## Dr. Matthias Büger – ein Mann für alle Fälle ?

### Was hatte doch die Wetzlarer FDP einmal für gestandene Fraktionsvorsitzende

**Beipflichten mochte man einem der Zuhörer, der jüngst eine Sitzung der Wetzlarer Stadtverordnetenversammlungen besucht hatte und am Ende einen wahren Satz mit großer Gelassenheit aussprach: Was hatte doch die Wetzlarer FDP einmal für gestandene Fraktionsvorsitzende.**

Ja, dieser Zuhörer sprach in der Vergangenheitsform, ja er erinnerte an einen Werner Brans, an einen Winfried Redecker oder eine Irmtrud Rinn, die ganz sicher in unterschiedlicher Akzentuierung für Werte der liberalen Idee standen und zugespitzt in der Sache, aber mit Respekt vor dem politischen Mitbewerber ihre Argumentation führten.

Heute sieht die liberale Welt in Wetzlar etwas anders aus. Da agiert ein Dr. Matthias Büger, dem die Erinnerung an die jahrzehntelange freidemokratische Mitverantwortung nicht zuletzt in Person des früheren Stadtkämmerers und Oberbürgermeisters Wolfram Dettel völlig abhandengekommen ist.

Da ist sich der liberale Fraktionschef Dr. Büger nicht zu schade, einen „verhunzten“ Antrag der NPD mit einem Änderungsantrag erst

hoffähig zu machen, um im selben Atemzug die Koalitionsfraktionen und die gelegentlich ihren Initiativen zustimmenden Abgeordneten der Linken abschätzig als „Linksblock“ zu bezeichnen.

Und da ist der ehemalige Landtagsabgeordnete, der es ganz offensichtlich nötig hat, ein jedes Thema gleichermaßen schrill skandalisieren zu müssen und wenig Wert auf die Gemeinsamkeit im Sinne der Interessen der Stadt legt. Im Gegenteil, es agiert ein liberaler Fraktionsvorsitzender, der zunehmend den Eindruck erweckt, als wolle er den Stil des langjährigen christdemokratischen Oppositionsführers im Kreistag des Lahn-Dill-Kreises zu seinem Stil im Stadtparlament erheben. Das bringt noch nicht einmal die CDU, der ein gewisser Herr Irmer nun wahrlich näher stehen dürfte.

Ob das dauerhaft erfolgreich macht, mag dahingestellt bleiben. Eine nachhaltige Wirkung ist allerdings zu befürchten: das von Achtung und Respekt getragene Klima im Stadtparlament, für das auch die Herren Dr. Brans und Redecker, aber auch Frau Rinn standen, wird womöglich leiden.

## Hundertmark hausiert mit Falschmeldungen

### „Fake News“ vom Stadtverbandsvorsitzenden der Wetzlarer CDU im Wetzlar Kurier

**Michael Hundertmark, Stadtverbandsvorsitzender der Wetzlarer Christdemokraten, versucht inzwischen in gewisser Regelmäßigkeit im Anzeigenblatt seines schwarzen Übervaters Hans-Jürgen Irmer am Demokratieverständnis der Wetzlarer SPD abzuarbeiten.**

Wenn es der Hundertmark'schen Pointe dient, dann werden dabei auch schlichtweg falsche Behauptungen eingesetzt. Ein besonders dreistes Beispiel fand sich in der Februar-Ausgabe des „Wetzlar Kuriers“. Hier behauptete Hundertmark doch glatt, die Wetzlarerinnen und Wetzlarer sollten sich nicht wundern, wenn christdemokratische Lokalgrößen nicht auf Pressebildern von städtischen Empfängen zu sehen seien oder sich anders als Amts- und Mandatsträger der Rathauskoalition nicht mit den Gästen der Stadt in das Goldene Buch eintrügen.

Schuld sei einfach der sozialdemokratisch geführte Magistrat, der lade doch ganz frech Christdemokraten nicht ein. So zum Beispiel auch bei dem Magistratsempfang anlässlich der Tanzweltmeisterschaften „Modern Dance“ im Ok-

tober des vergangenen Jahres.

Fakt ist: Die Einladungspraxis des Magistrates hat sich gegenüber früheren Jahren nicht geändert. Zu Empfängen werden die Mitglieder des Magistrates, der Stadtverordnetenvorsteher, seine Stellvertreter, die Fraktionsvorsitzenden und mit Blick auf den Anlass die Mitglieder des Fachausschusses des Stadtparlaments eingeladen. Im Falle der Tanzsport-WM also des Sozial-, Jugend- und Sportausschusses.

Und so folgten auch Christdemokraten der Einladung. Auf den öffentlich zugänglichen Bildern kann jeder mit „gesunden“ Augen die CDU-Stadträte Thomas Heyer und Manfred Viand erkennen und ihre Unterschriften finden sich wie die der übrigen Teilnehmerinnen und Teilnehmer an dem Empfang im Goldenen Buch der Stadt.

Lieber Michael Hundertmark, dass man mit falschen Botschaften versucht, andere hinter die Fichte zu führen, ist für sich genommen schon unfair. Wenn Sie sich aber für diesen Stil entschieden haben, dann sollten Sie doch den eigenen Anspruch haben, es etwas weniger plump zu tun als in diesem Fall!

### Werde Mitglied in der SPD.

Die SPD ist die älteste Partei in Deutschland. Über 150 Jahre setzt sich unsere Partei bereits für Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit ein.

Sie lebt vom Engagement ihrer unterschiedlichen Mitglieder. Bei uns kommen Sie zu Wort – **Mitmachen ist besser als Zusehen!**

Melden Sie sich beim **SPD Stadtverband**, Jutta Müller, Bergstraße 60, 35578 Wetzlar unter **06441.20925-20** oder E-Mail [jutta.mueller@spd.de](mailto:jutta.mueller@spd.de)

# Wetzlar wächst weiter

## Sehr gute Nachfrage nach Neubaugebieten und Bestandsimmobilien



Foto: Heiner Jung

**Wetzlar verzeichnet zum Jahreswechsel 2016/2017 erstmals wieder seit langer Zeit mehr als 53.000 Einwohner – exakt 53.201.**

Damit ist die Kreisstadt gegenüber dem vorangegangenen Jahreswechsel um mehr als 740 Einwohnerinnen und Einwohner gewachsen. Dies ist nach Ansicht von Oberbürgermeister Manfred Wagner ein erfreuliches Zeichen für den dynamischen Entwicklungsprozess der Stadt.

Eigentumswohnungen entstehen

in attraktiver Lage in der Stadt, der Mietwohnungsbau nimmt gerade durch das Engagement der im überwiegenden Eigentum der Stadt stehenden Wetzlarer Wohnungsgesellschaft wieder Fahrt auf, Neubaugebiete erfreuen sich ebenso wie Bestandsimmobilien einer sehr guten Nachfrage. Die Ziele des Stadtentwicklungsprozesses werden umgesetzt und Fördermittel konnten zur Aufwertung der Quartiere aus dem Programm „Stadtumbau Hessen“ sowie aus dem Bund-Länder-Programm „So-

ziale Stadt“ akquiriert werden. Gewerbeflächen werden in Wetzlar nachgesucht.

Manfred Wagner: „Es ist schön, als Oberbürgermeister diesen Prozess begleiten zu können, der aber auch ganz maßgeblich durch die vielen in Sport- und Kulturvereinen, aber auch im sozialen und caritativen Bereich engagierten Wetzlarerinnen und Wetzlarer maßgeblich geprägt wird. Sie sorgen mit für die Lebensqualität am Standort Wetzlar. Dafür ganz herzlichen Dank!“

## WZ oder LDK

### Stadt Wetzlar will Wahlrecht bei Autokennzeichen: „WZ“ könnte künftig auch im Kreisgebiet möglich sein

**Das Autokennzeichen „LDK“ soll bei Neuzulassungen in der Stadt Wetzlar künftig neben „WZ“ wieder möglich sein.**

Das will die Stadt Wetzlar erreichen und hat dazu jetzt vom hessischen Wirtschafts- und Verkehrsministerium grundsätzlich grünes Licht bekommen. 2012 war in der Domstadt auf der Basis ihres Sonderstatus das WZ-Kennzeichen eingeführt worden und hatte das seit 1991 geltende „LDK“ abgelöst, indem die Stadt Wetzlar einen eigenen Zulassungsbezirk einrichtete.

Seitdem hatten die Wetzlarer bei Neuzulassungen keine Wahl mehr: Sie mussten ein „WZ“-Nummernschild nehmen. Manche Einwohner sehen das kritisch. Sie hätten gerne das LDK-Kennzeichen eines abgemeldeten Fahrzeugs zu geringeren Kosten weiterverwendet.

Die umgekehrte Erwartung vieler Einwohner aus dem Landkreis, das Unterscheidungskennzeichen „WZ“, das ja auch eine Verbundenheit mit der Kreisstadt Wetzlar, aber auch dem früheren Landkreis zum Ausdruck bringen kann, zu wählen, sei aber wesentlich deutlicher zu verspüren. Die entsprechenden Wünsche können bislang nicht erfüllt werden. Mithin könnte eine „Öffnung“ für die Fahr-



WZ oder LDK – die Stadt will die Wahlmöglichkeit erreichen.

zeughalter im Landkreis den von der Stadt angestrebten, aber auch wahrnehmbaren Effekt der Standortwerbung bestärken.

Oberbürgermeister Manfred Wagner (SPD) hatte sich deswegen an das hessische Verkehrsministerium gewandt und um eine Prüfung gebeten, wie man dem Wunsch nach einer Wahlmöglichkeit zwischen beiden Kennzeichen Rechnung tragen könne.

Das Ministerium hat nun einen Weg gefunden. So könne nach Paragraph 8 der Fahrzeug-Zulassungsverordnung genehmigt werden, dass auch die Festlegung von mehr als einem Nummernschild für einen Bezirk möglich sei, wenn diese Kennzeichen vor 2012 ver-

geben worden seien. Diese Bedingung ist mit dem WZ-Kennzeichen, das von 1956 bis 1976 für den Altkreis Wetzlar galt, erfüllt, so Wagner.

Die Stadt Wetzlar hat jetzt den Landrat des Lahn-Dill-Kreises um Zustimmung gebeten, dass die Wetzlarer Bürger künftig zwischen „WZ“ und „LDK“ wählen können. Hierzu bedarf es noch einiger Abstimmungen auf der Verwaltungsebene, doch sollte am Ende der Neuregelung nichts mehr im Wege stehen. „Es wäre ein Plus an Bürgerfreundlichkeit, wenn wir jetzt eine echte Wahlmöglichkeit zwischen den beiden Autokennzeichen WZ und LDK erreichen würden“, sagte OB Wagner.

## STANDPUNKT



Sandra Ihne-Köneke

### Ausgeglichener Haushalt

Am 09.02. wurde der Haushalt 2017 für die Stadt Wetzlar mit einem positiven Jahresergebnis von über drei Millionen Euro in der Stadtverordnetenversammlung verabschiedet. Die Konsolidierung des Haushaltes ist gelungen durch eine sparsame Haushaltsführung und eine restriktive Ausgabenpolitik. Ebenso haben alle BürgerInnen dazu beigetragen, indem wir alle höhere Gebühren, Steuern und Beiträge zahlen.

Dadurch können auch weiterhin Verbesserungen zum Wohle aller Wetzlarer umgesetzt werden. Die positive Stadtentwicklung ist unübersehbar. Gewerbeansiedlung und Gewerbeerhalt sichert die Gewerbesteuererinnahmen. Die Kultur- und Sportförderung ermöglicht eine aktive Freizeitgestaltung für die BürgerInnen, die vielfältigen Angebote sind eine Bereicherung für die Stadtgesellschaft.

Im Jugendhilfebereich stehen weiterhin präventive Maßnahmen zum Kindeswohl im Zentrum.

Sozialpädagogische Maßnahmen an Schulen wirken gegen Bildungsbenachteiligung, der Ausbau der U-3 Betreuung und Erweiterung der Ferienangebote erleichtern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die SPD-Fraktion wird weiterhin die erfolgreiche, innovative und gerechte Stadtpolitik von OB Manfred Wagner und Kämmerer Jörg Kratkey unterstützen.

Das vordringliche Ziel der SPD, einen soliden Haushalt vorzulegen, der die Altlasten vergangener Jahre berücksichtigt und angeht, ist gelungen. Aber auch in den nächsten Jahren werden uns die Defizite in der Infrastruktur, vor allem im Bereich der Straßen und des Kanalnetzes beschäftigen.

Hier nichts zu unternehmen, wie es die vorherige Koalition getan hat, wäre unverantwortlich und gesetzeswidrig. Hier könnte das Land Hessen mit den vielen Millionen Euro Überschuss in 2016 die dringend notwendigen Investitionen in Schulen, Brücken und Straßen in größerem Umfang bezuschussen, damit die BürgerInnen nicht weiter durch steigende Beiträge, Steuern und Gebühren belastet werden. Aber weder auf Landesebene noch in der Stadtverordnetenversammlung ist bei der CDU ein wirkliches Interesse in dieser Richtung zu erkennen.

Populistische Schnellschüsse sorgen nicht für langfristige Perspektiven.

Ihre Sandra Ihne-Köneke,  
Fraktionsvorsitzende

## Impressum

Herausgeber: SPD Stadtverband Wetzlar  
Bergstraße 60, 35578 Wetzlar  
Telefon (06441) 2 09 25 20  
www.spd-wetzlar.de

V.i.S.d.P.: SPD Stadtverband Wetzlar

Verantwortliche Redakteurin:  
Sandra Ihne-Köneke

Redaktion:  
Manfred Wagner, Bärbel Keiner,  
Christopher Bursukis,  
Tim Brückmann, Jörg Kratkey,  
Peter Helmut Weber, Sabrina Zeaiter  
Anzeigen: Heiner Jung

Gestaltung, Satz und Layout:  
heiner Medienservice, Wetzlar

Druck: Frankfurter Societätsdruckerei  
Für den Druck der Wetzlarer Nachrichten wird 100 Prozent Recycling Papier verwendet.

Die CO<sub>2</sub>-Belastung durch den Druck der Zeitung wird kompensiert durch Zahlung in Umweltprojekte von First Climate.

Print kompensiert  
www.first-climate.de

Stabgitterzäune  
preiswert  
sicher  
dauerhaft

**KM** KRÄUTER  
Metallbau GmbH

Wetzlar-Steindorf  
In der Murch 16 – 18  
Telefon (0 64 41) 92 48 60  
www.kraeuter-schmiedeeisen.de  
Schutz vor Einbruch

Überdachungen, Schlosser- & Stahlbauarbeiten, Edelstahlverarbeitung, Torantriebe, Treppen, Tore, Fenster- & Türgitter, Balkongeländer, Treppengeländer, Einzäunungen

## Nachruf Rolf Georg Pross

SPD trauert um ein langjähriges aktives Mitglied

Am 12. Dezember 2016 verstarb Rolf Georg-Pross.

In tiefer Trauer müssen wir von Rolf Georg-Pross aus Wetzlar-Hermannstein Abschied nehmen, der nach kurzer, schwerer Krankheit für uns alle plötzlich und unerwartet verstorben ist.

Rolf Georg-Pross hat in den langen Jahren seiner Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei in zahlreichen Funktionen für die Sozialdemokratie in seinem Heimatort Hermannstein wie in der Stadt Wetzlar gewirkt. Neben seiner ehrenamtlichen Tätigkeit im TV „Jahn“ Hermannstein zwischen 1964 und 2005 und ab 1985 im Ortsgericht Hermannstein war Rolf-Georg Pross seit dem 1. April 2006 Mitglied der



Rolf-Georg Pross

Stadtverordnetenversammlung der Stadt Wetzlar und des Ortsbeirates Hermannstein. In seiner bescheidenen und ruhigen Art hat er sich stets uneigennützig und beispielhaft für die Allgemeinheit eingesetzt.

Wir trauern mit seinen Angehörigen um Rolf-Georg Pross und werden uns seiner in Dankbarkeit erinnern.

## B 49 Lärmschutz Dalheim

CDU-Landesregierung könnte helfen, wenn sie wollte

Die SPD-Fraktion der Stadtverordnetenversammlung hat sich ausführlich mit dem Lärmpegel in Dalheim beschäftigt: Mit alten Gutachten und mit Erweiterungen bestehender Lärmschutzanlagen.

Die Lärmreduzierung zu Gunsten der BürgerInnen war das Ziel. Wir haben uns damit auseinandergesetzt, obwohl es eine Landesstraße ist und die Stadt Wetzlar nicht für Lärmschutzwände an Landes- oder Bundesstraßen zuständig ist.

Die Landesregierung prahlt zurzeit mit dem vielen Überschuss in der Landeskasse. Warum der

CDU-Landtagsabgeordnete dann mit leeren Händen nach Wetzlar kommt ist nicht nachvollziehbar. Wir wissen nicht, was genau er unternommen hat, um seine eigenen Parteifreunde von dem Lärmschutz in Dalheim zu überzeugen.

Vielleicht hat er auch gar nichts unternommen, da die CDU sowie so die finanzschwachen Kommunen gern vergisst. Sollen doch Gebühren, Beiträge und Steuern in der Stadt Wetzlar erhöht werden.

Viel reden, aber Probleme nicht wirklich angehen, das macht die Menschen politikverdrossen.

## Sozialdemokraten richten 20. Turnier um den Ortspokal aus

17 Mannschaften lieferten sich bis zum Schluss spannende Wettkämpfe

Der SPD-Ortsverein Hermannstein-Blasbach lud zum alljährlichen Ortspokalkegelturnier.

Vier Damen- sowie dreizehn Herrenmannschaften fanden sich auf der Anlage des Kegelsportvereins (KSV) Wetzlar zu diesem Ereignis ein.

Bis zum Schluss blieb das Rennen um die Siegertitel spannend. Bei der Siegerehrung wurden die Urkunden und Pokale von der Ortsvereinsvorsitzenden Sabrina Zeaiter sowie deren Stellvertreterin Christine Funk an die strahlenden Sieger überreicht.

Bei der Mannschaftswertung der Damen holten sich die Sportlerinnen vom TSV Blasbach mit 219 Holz vor der Mannschaft Klein-Holstein mit 209 Holz und den Harmonikafreunden mit 208 Holz den begehrten Pokal.

Bei den Herren setzte sich die Mannschaft des KC Eckbauer mit 272 Holz vor den Keglern des TSV Blasbach mit 250 Holz und dem



Siegerehrung mit Vertretern aller Gewinnerteams, den Einzelgewinnern (beides Plätze 1-3, Damen und Herren) und der Vorsitzenden der SPD Hermannstein-Blasbach Sabrina Zeaiter (Mitte) und ihrer Stellvertreterin Christine Funk (links).

Team des Ortsbeirates Hermannstein mit 245 Holz durch.

In den Einzelwettbewerben starteten 30 Sportler. Bei den Damen siegte Gundi Simon mit 63 Holz vor Brigitte Mirke mit 60 Holz und Annelie Brandtner mit 59 Holz.

Bei den Herren hatte Andreas Gützlaff mit 77 Holz die Nase vorn

vor Reinhold Keller mit 71 Holz und Eberhard Spamer mit 70 Holz.

Das beste Ergebnis im Mannschaftswettbewerb erzielte Peter Kern mit 80 Holz vom KC Eckbauer.

Nach dem Wettbewerb trafen sich Teilnehmer und Zuschauer, um die Siege in gemütlicher Runde zu feiern.

## Soziale Stadt Dalheim/Altenberger Straße Gut besuchte Auftaktveranstaltung

Die Stadt Wetzlar will einen Stadtteilbeirat bilden

Gut 80 interessierte Bewohnerinnen aus dem neuen Wetzlarer Projektgebiet des Bund-/Länderprogramms „Soziale Stadt“ konnten Oberbürgermeister Manfred Wagner in der Aula der Eichendorffschule willkommen heißen.

Wagner lud dazu ein, sich intensiv in den Prozess einzubringen. Schließlich gelte es in den kommenden Monaten auf der Basis einer Stärken- und Schwächenanalyse ein Rahmenkonzept für das Quartier zu entwickeln.

Auf dieser Grundlage fasse das Stadtparlament in der Folge einen Grundsatzbeschluss, der Maßgabe für die einzelnen städtebaulichen und sozialstrukturellen Vorhaben sei. Für die Stadt selbst gilt die Errichtung eines Kinder- und Familienzentrums als Leitprojekt. Das Vorhaben wird eine Umsetzungsphase von rund 13 Jahren haben. Es wird begleitet von dem Planungsbüro Neue Heimat Projektstadt und dem bei dem Caritasverband Wetzlar/Lahn-Dill-Eder



Foto: Heiner Jung

angesiedelten Quartiersmanagement. Nach der Verabschiedung des Rahmenkonzeptes wird die Stadt Wetzlar einen Stadtteilbeirat bilden, in dem Anwohnervorteiler, Repräsentantinnen und Repräsentanten der im Projektgebiet vertretenen Institutionen und Einrichtungen sowie Stadtverordnete und Magistratsvertreter zusammenarbeiten werden.

„Nach den positiven Erfahrungen mit dem Bund-/Länderprogramm in den Quartieren Silhölfer Aue/Westend und Niedergirges freue ich mich auf die bevorstehenden Entwicklungen in Dalheim und in dem Bezirk Altenberger Straße, die ich als Vorsitzender des künftigen Stadtteilbeirates begleiten werde“, betonte der OB.

Nur das Beste für Ihren schönsten Tag im Leben!

Hochzeits- und Event-Catering im Schützengarten.

**SCHÜTZENGARTEN**  
Genießen auf gute Art

Schützenstraße 4 • 35578 Wetzlar • Telefon 06441 400 20  
www.schuetzengarten.de



### Unterstütze Martin Schulz und die SPD!

Du willst unser Land gerechter machen und das mutlose „Weiter-So“ beenden? Du bist bereit, unsere Demokratie zu verteidigen und für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu kämpfen?

Dann melde Dich online bei [KAMPA17.SPD.DE](http://KAMPA17.SPD.DE) an! Auf der zentralen Wahlkampf-Plattform der SPD treffen sich alle, die anpacken und Deutschland besser machen wollen.

Hier findest Du exklusive Informationen zum Wahlkampf, zur Tour unseres Kanzlerkandidaten Martin Schulz, Aktionsideen, Argumentationshilfen und vieles mehr. **Mach mit!**

### Unterstütze Martin Schulz und die SPD.

Registrierte Dich jetzt auf [KAMPA17.SPD.DE](http://KAMPA17.SPD.DE) und sei aktiv beim Bundestagswahlkampf 2017 dabei! In unserem FAQ erhältst Du Antworten auf häufig gestellte Fragen zur Registrierung und Anmeldung.

# Neujahrsempfang der IG Dutenhofen

Viele Gäste bei einer gelungenen Veranstaltung



Dr. Alter referierte über das Liebig-Laboratorium in Gießen und das Bemühen, für dieses Museum die Anerkennung zum Unesco Weltkulturerbe zu erlangen.

**Wie kein zweiter der Wetzlarer Stadtteile verfügt Dutenhofen über einen großen Bestand an leistungsfähigen Gewerbebetrieben und Einzelhändlern. Sie sind zusammenschlossen in der Interessengemeinschaft Dutenhofen (IGD).**

Doch in dieser Interessengemeinschaft – und das ist eine besondere Erwähnung wert – engagieren sich auch viele Einwohnerinnen und Einwohner sowie Vereine aus dem Stadtteil.

Der zum Jahresanfang stattfindende Neujahrsempfang hat bereits Tradition. Immer in Räumen eines Mitgliedes der IGD ausgerichtet, spricht er viele Gäste an. In diesem Jahr referierte Professor Dr. Eduard Alter über das Liebig-Labo-

ratorium in Gießen und das Bemühen, für dieses Museum die Anerkennung zum Unesco Weltkulturerbe zu erlangen.

Oberbürgermeister Manfred Wagner und Ortsvorsteher Ulrich Loh, beide SPD, zeigten den Gästen die Entwicklungen in der Stadt bzw. im Stadtteil auf und sorgten mit ihren Hinweisen für die ein oder andere Information, die im Laufe des Abends Tischgespräch war.

Manfred Wagner: „Eine gelungene Veranstaltung, auf deren Fortsetzung in den kommenden Jahren ich mich freue. Mein Dank gilt der IGD, stellvertretend für alle Aktiven den Sprechern der Gemeinschaft, Inge Friedrich und Bernd Rafalzik.“



Bernd Rafalzik begrüßte viele Gäste, darunter viel lokale Polit-Prominenz



**Karl-Heinz Panzer**  
Personal Leasing Team

Zeitarbeit - Arbeitsvermittlung - Arbeitssicherheit

Lempstraße 23 • 35630 Ehringshausen  
Telefon 06443 / 83391-0 • Telefax 06443 / 83391 29

www.khp-plt.de • panzer@khp-plt.de

# Schattenlänge – Stadt lässt nicht mit sich pokern

Bürgermeister Semler will mit neuem Plan die Aufstellung ermöglichen



Diesen Plan kann Harald Semler, damals Stadtbaurat, trotz vieler Verhandlungen nicht umsetzen. Ein neuer Plan muss her.

**Schon seit über 30 Jahren beschäftigt das Thema Neubaugebiet „Schattenlänge“ die Münchholzhäuser Bürgerinnen und Bürger sowie alle seitdem gewählten Ortsbeiräte.**

In Anbetracht der im Juli 2015 geschlossenen Sparkassenfiliale und des seit Jahren fehlenden Einzelhandels setzte man innerhalb der Bürgerschaft in das geplante Sondergebiet im Bereich der Schattenlänge große Hoffnungen. Auch die ansässigen Vereine erhofften sich durch den Zuzug junger Familien einen Zuwachs ihrer Mitgliederzahl. Mit der Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses durch die Stadtverordneten am 8. Februar dieses Jahres setzte man jedoch den bisherigen Planungen ein jähes Ende.

Die Gründe für diese Abkehr sind schnell skizziert: Entgegen der Politik aus vergangenen Dekaden beabsichtigt die Stadt Wetzlar Neuaufgaben von Baugebieten nur durchzuführen, sofern sie im Besitz der gesamten Planfläche ist. Dies hat den Vorteil, dass man Sicherheit über das gesamte Gebiet besitzt. Somit kann beispielsweise verhindert werden, dass unbebaute Grundstücke auf Jahre brach liegen und damit eine lückenlose Bebauung unmöglich wird. Im Bereich der Schattenlänge allerdings konnte kein 100%iger Ankauf der Planfläche gelingen.

Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern führten zu keinem für die Stadt annehmbaren Ergebnis. Seitens der Verkäufer sah man sich gegenüber dem Verhandlungspartner im haushohen Vorteil. So war ihnen zum einen bewusst, dass man das letzte Grundstück in Privatbesitz innerhalb des Plangebietes besaß. Zum anderen, dass es obendrein in einer Schlüsselposition lag, nämlich im geplanten Sondergebiet, das für die Ansiedlung eines Nahversorgers angedacht wurde. Angebote seitens des zuständigen Dezernenten wurden ausgeschlagen, mit der Intention, eine höhere Ablöse zu erreichen. Die Forderungen der Eigentümer übertrafen letztendlich die von der Stadt vertretbaren Vorstellungen eines auch den anderen ehemaligen Grundstücksbesitzern der Schattenlänge gegenüber gerechten Handels. Nicht zuletzt sah man sich auch durch das Ausnut-

zen einer vermeintlichen Sonderstellung eines Einzelnen erpresst. Diese Umstände führten schließlich dazu, die bisherigen Planungen aufzuheben. Auch im Hinblick auf zukünftige Verhandlungen musste die Stadt Wetzlar hier Rückgrat zeigen. Ein Einknicken vor den Interessen eines Einzelnen schwächt die Verhandlungsposition aller weiteren Grundstücksankäufe. Es war demnach wichtig und richtig, keinem Druck nachzugeben und stattdessen alternative Planungsvorhaben weiter voranzutreiben. Auch im Sinne der gesamten Stadtgesellschaft, welche letztendlich die höheren Ablösen zu tragen hätte.

Ein Happy End könnte es in Münchholzhausen trotz alledem doch noch geben: Im Gegensatz zu seinen Vorgängern treibt die jetzi-

ge Koalition im Wetzlarer Rathaus das Projekt Schattenlänge seit Jahren voran. Nicht nur öffentliche Bekenntnisse zu einem Neubaugebiet in Münchholzhausen sprechen dafür, sondern auch die in der Vergangenheit erfolgten Flächenankäufe. Bürgermeister und Baudezernent Semler sagte den Stadtverordneten in der letzten Versammlung zu, in den kommenden Sitzungsrunden einen neuen Plan zur Aufstellung der Schattenlänge einzubringen.

Dieser soll dann auch wieder ein Sondergebiet zur Ansiedlung eines Nahversorgers beinhalten. Aber auch die einstig angedachte Fläche soll nicht unbedacht bleiben. Sie soll dann als nicht zu bebauende Grünfläche einen Ausgleich zwischen den einzelnen Bauplätzen schaffen.

## Wo gibt es die schönsten Bäder im ganzen Land?

**BADHOCH2**  
www.badhochzwei.de

**BESUCHEN SIE UNSERE EINZIGARTIGE AUSSTELLUNG UND LASSEN SIE SICH INSPIRIEREN!**

**Montag – Freitag 10:00 – 18:00 Uhr  
Samstag 10:00 – 14:00 Uhr**

Am Surbach 2 | 35625 Hüttenberg  
(direkt an der A45)  
Tel. 06441 6793275  
Tel. 06441 6793270  
info@badhoch2.de  
www.badhoch2.de



Leistung durch Fachkompetenz  
Bäder · Wärme · Elektrotechnik · Sofort-Service  
Reiner Förster GmbH & Co. KG

**Schneider**  
FLIESEN · HANDEL · VERLEGUNG  
...mit uns werden Fliesenräume wahr!

# Haushalt 2017 mit Überschuss

Wetzlar auf dem Weg zur Handlungsfreiheit

Die Nachtragshaushaltsberatungen in der Wetzlarer Stadtverordnetenversammlung waren geprägt durch einen „gewürzten“ Schlagabtausch zwischen den Mehrheitsfraktionen und der aus CDU, FDP und NPD sich formierenden Opposition.

Erstmals seit neun Jahren ist der Wetzlarer Haushalt wieder ausgeglichen. Er weist sogar einen Überschuss aus, der für den Abbau von Altdefiziten dringend erforderlich ist. Stadtkämmerer Jörg Kratkey zeigte sich erfreut darüber, dass die harten Konsolidierungsmaßnahmen auf der einen Seite und die beschlossene Erhöhung der Grundsteuer B dazu führe, dass sich Wetzlars Haushalt wieder in die richtige Richtung entwickle.

Der Überschuss von rund 3 Millionen Euro dürfe allerdings nicht dazu führen, so Jörg Kratkey, dass dieser leichtfertig wieder ausgegeben werde.

Vielmehr werde dieser Überschuss benötigt, die in den letzten Jahren aufgelaufenen Kassenkredite wieder zurückzuführen. Diese beliefen sich auf über 60 Millionen Euro.

Der hohe aufgelaufene Kassenkreditbestand müsse nun Zug um Zug zurückgeführt werden.

Erst wenn die Kassenkredite getilgt und bilanziell keine Verlustvorräte mehr ausgewiesen werden müssten, verfüge die Stadt Wetzlar wieder über die finanzielle Handlungsfreiheit, die ein elementarer Bestandteil der kommu-



Stadtkämmerer Jörg Kratkey

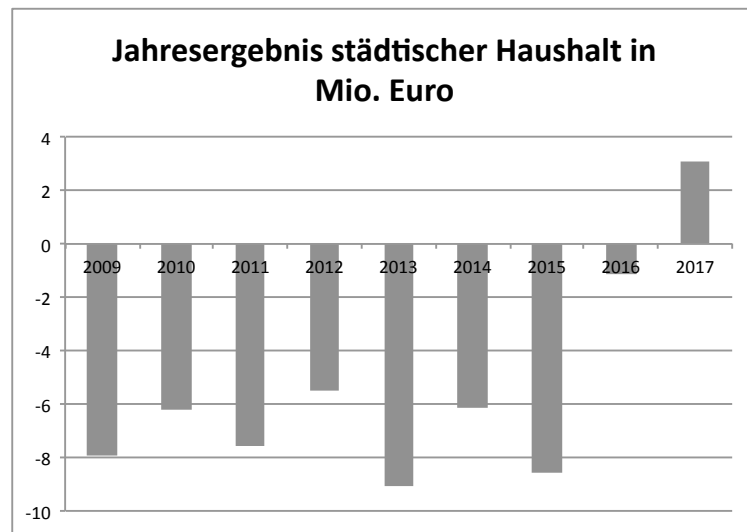
nalen Selbstverwaltung sei. Kratkey betonte, dass nach wie vor ein Haushaltskonsolidierungskonzept erforderlich und jährlich fortzuschreiben sei, solange noch Altdefizite bestünden.

Wetzlar und die politisch Ver-

antwortlichen hätten dabei sowohl bei der Haushaltsaufstellung als auch bei dem Konsolidierungskonzept gezeigt, dass Haushaltsdisziplin und die Sicherung des Gemeinwesens mit seinen vielfältigen Elementen keine unvereinbaren Gegensätze seien.

Anhand einer Kennzahl verdeutlichte der Stadtkämmerer abschließend, welche Dimension beispielsweise die Grundsteuer einnehme.

Mit Gesamteinnahmen in Höhe von knapp über 10 Millionen Euro im Jahre 2016 reichte das gesamte Aufkommen an der Grundsteuer B gerade aus, um den Zuschussbedarf der 14 eigenen und der 15 Kindertagesstätten der freien Träger abzudecken.



# Holocaust-Gedenktag

„Die Erinnerung muss unser Selbstverständnis als Nation auch weiterhin prägen“



Die Stadtspitze Wetzlars hat am Holocaust-Gedenktag, Freitag, 27. Januar, am Mahnmal Bebelplatz der Wetzlarer Opfer des Nationalsozialismus gedacht.

Der 27. Januar wird seit 1996 als Gedenktage für die Opfer des Holocausts anlässlich der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz vor 72 Jahren begangen.

Oberbürgermeister Manfred Wagner (SPD) sagte, Auschwitz sei das Synonym für den Massenmord der Nazis an den europäischen Juden und sei Ausdruck des Rassenwahns.

Er rief dazu auf, die Erinnerung an die Gräueltaten der Nationalsozialisten wachzuhalten. Diese Erinnerung müsse unser Selbstverständnis prägen und sei die beste Versicherung gegen Völkerverhöhnung.

Es sei wichtig, sich immer wieder zu versammeln und ein Zeichen für das „Nie wieder“ zu setzen. Diese gelte insbesondere angesichts zahlreicher Hassbotschaften in sozialen Netzwerken, der

Verbrechen des NSU oder der Umtriebe der verfassungsfeindlichen NPD.

Schließlich tragen wir alle Verantwortung für das eigene Tun, aber auch das Unterlassen. Mit Blick auf die Ereignisse in der Stadt Wetzlar erinnerte Wagner beispielhaft an das Schicksal des Wetzlarer Bürgers Jakob Sauer, der wenige Tage vor der Befreiung Wetzlars durch die Amerikaner von den Nationalsozialisten ermordet wurde.

Stadtverordnetenvorsteher Udo Volck (SPD) hob hervor, dass an dem diesjährigen Gedenktage besonders der Euthanasie-Opfer der Nationalsozialisten gedacht werde. Schließlich habe die menschenverachtende, millionenfache Tötung nicht erst mit der Wannseekonferenz vor 75 Jahren sondern schon wesentlich früher durch die NS-Diktatur begonnen.

Volck zitierte den früheren Bundespräsidenten Roman Herzog. „Erinnerung darf nicht enden, sie muss auch künftige Generationen zur Wachsamkeit mahnen.“

Anzeige

# Die SPD-Fraktion im Wetzlarer Stadtparlament informiert

Ulrike Rühl im Bauausschuss · Besuch der Fraktion beim THW und der Zivildienstschule · Weitere barrierefreie Bushaltestellen



Am 02.12. 2016 besuchte die SPD-Fraktion Wetzlar den THW-Ortsverband Wetzlar.

Sie erlebten einen gut organisierten THW-Vorstand, der mit Herz und Verstand den vielfältigen Aufgaben einer Hilfsorganisation für in Not geratene Menschen nachkommt. Für das Leitungsteam um Jens Blohmann war es auch eine Selbstverständlichkeit, im Jahr 2015 die Räume des THW zur Verfügung zu stellen und aktiv bei der Versorgung der geflüchteten Menschen mitzuwirken.

Der THW-Vorstand weiß, Katastrophen und Krisen machen nicht an Ländergrenzen halt. Der THW ist eine Organisation, die weltweit agiert. Die Einsätze beschränken sich nicht nur auf Deutschland. Viele, die schon Jahrzehnte dabei sind, haben schon Einsätze in anderen Ländern hinter sich. Der manchmal wochenlange Ein-

satz in einem Krisengebiet bedarf einer gründlichen und sorgfältigen Vorbereitung, damit man den Herausforderungen physischer und psychischer Art gewachsen ist. Immer wieder üben für den Ernstfall, bis alle Handgriffe an der Ausrüstung oder den Maschinen sitzen. Aber auch seine eigenen Grenzen kennenlernen und das arbeiten im Team sind Training für den Ernstfall.

Andrea Schuster, Vorstandsmitglied und Jugendwartin beim THW Wetzlar, erklärt, dass in der Kinder- und Jugendarbeit der Spaß nicht zu kurz kommt.

Die steigende Zahl an Kindern und Jugendlichen in letzter Zeit sprechen für den Erfolg ihrer Arbeit. Die Fraktionsvorsitzende Sandra Ihne-Köneke bedankt sich beim Abschied für das herausragende ehrenamtliche Engagement beim THW-Vorstand.

Nichts erfüllt mehr, als gebraucht zu werden. Besuch beim Bundesfreiwilligendienst in Wetzlar.

Joachim Wurst und Pia Thauwald vom Wetzlarer Bildungszentrum für den Freiwilligendienst hießen am 25. Januar Vertreterinnen und Vertreter des SPD-Stadtverbandes in ihrer Einrichtung in der Ernst-Leitz-Straße recht herzlich willkommen. Anlass hierfür war der Besuch des Arbeitskreises »Lebenswerte Stadt«, der sich über die Arbeit im Bildungszentrum informieren wollte, einen Ort, der weit über die Grenzen unserer Stadt von Bedeutung ist.

Im Bundesfreiwilligendienst engagieren sich Frauen und Männer für das Allgemeinwohl, insbesondere im sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich sowie im Bereich des Sports, der Integration und des Zivil- und Katastrophenschutzes. Er ist 2011 als Initiative zur freiwilligen, gemeinnützigen und unentgeltlichen Arbeit in Deutschland eingeführt worden. Der Bundesfreiwilligendienst wurde von der Bundesregierung als Reaktion auf die Aussetzung der Wehrpflicht 2011 und damit auch des Zivildienstes geschaffen. Er soll die bestehenden Freiwilligendienste »Freiwilliges Soziales Jahr« und »Freiwilliges Ökologisches Jahr«

ergänzen und das bürgerschaftliche Engagement fördern. Ziel ist es unter anderem auch, das Konzept des Freiwilligendienstes auf eine breitere gesellschaftliche Basis zu stellen, da der Bundesfreiwilligendienst auch für Erwachsene über 27 Jahre offen ist. Die allermeisten sind jedoch Menschen, die nach Absolvierung der Schule und vor Beginn einer Berufsausbildung bzw. eines Studiums praktische Erfahrungen für ihr Leben sammeln wollen. Das Credo: »Nichts erfüllt mehr, als gebraucht zu werden.« Mit dem Bundesfreiwilligendienst wurde den ehemaligen 17 Zivildienstschulen eine neue Aufgabe zuteil: Als Bildungszentren die Menschen pädagogisch zu begleiten, die im Rahmen des Freiwilligendienstes Dienste verrichten mit dem Ziel, soziale, ökologische, kulturelle und interkulturelle Kompetenzen zu vermitteln und das Verantwortungsbewusstsein für das Gemeinwohl zu stärken.

Hierzu bietet die Wetzlarer Einrichtung für die jungen Erwachsenen, die ihren Dienst in Teilen von Hessen und NRW leisten, ein mehrstufiges Seminarangebot an. Dabei ist ein einwöchiges Seminar ein Pflichtangebot für als Bundesfreiwilligendienstleistende dieses Einzugsbereichs, für die Absol-

venten in kleineren Einrichtungen und Organisationen – immerhin 4/5 der Menschen – ein Gesamtpaket von fünf einzelnen jeweils 5-tägigen Modulen. Betroffen sind hiervon mehrere Tausend – zu meist junge – Erwachsene, teilweise auch Jugendliche unter 18 Jahren. Daraus ergibt sich die Dimension des Aufgabenspektrums, welches das Team des Bildungszentrums zu leisten hat. Hierzu zählen neben Joachim Wurst als Leiter der Einrichtung zehn weitere Dozentinnen und Dozenten sowie für das Belegungsmanagement Pia Thauwald und Klaus-Dieter Winkler.

Die Hausbewirtschaftung erfolgt durch eine eigene Betreibergesellschaft. Hierzu gehört neben dem Facility-Management die Verpflegung der Hausgäste und Beschäftigten.

Nach einem Informationsgespräch zeigten die beiden Gastgeber den SPDlern ihre Einrichtung, die sich an der Ernst-Leitz-Straße 49-53 über 5 Etagen erstreckt und sich von ihren Standards im Spektrum der Einrichtungen für die außerschulische politische Jugend- und Erwachsenenbildung durchaus sehen lassen kann. Ein attraktives Tagungszentrum, das an Wochenenden und während der dreiwöchi-

**BÖKELS KOLUMNE**

Heute mal wieder ein Blick in ein trübes Kapitel unserer Geschichte. Unmittelbar nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 begannen die Nationalsozialisten mit der Zerschlagung parlamentarischer Institutionen. Und gleichzeitig wurden politische Gegner gnadenlos verfolgt, bis hin zu Folter und Tod in Konzentrationslagern. Davon betroffen waren auch Abgeordnete des Hessischen Landtags in Darmstadt und der Kommunallandtage der preußischen Regierungsbezirke Wiesbaden und Kassel.



Zur Erinnerung: kurz vor der Machtübernahme durch die Nazis führte Preußen im Jahre 1932 eine Gebietsreform durch. Der bis dahin zur Rheinprovinz gehörende Kreis Wetzlar wurde der Provinz Hessen-Nassau zugeordnet – erweitert um Gemeinden aus den benachbarten Kreisen Biedenkopf und Usingen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Preußen und damit die Provinz Hessen-Nassau aufgelöst. Kreis und Stadt Wetzlar gehörten nunmehr zum von der Militärregierung geschaffenen „Großhessen“, das mit der Annahme der Verfassung am 1. Dezember 1946 den bescheidenen Namen „Hessen“ bekam.



Der Landtag des Volksstaats Hessen und die beiden Kommunallandtage – also die Vorgänger des heutigen hessischen Landtags – wurden sofort nach der Machtübernahme von den Nationalsozialisten aufgelöst. Zahlreiche sozialdemokratische und kommunistische Abgeordnete gingen in den Untergrund, viele wurden verhaf-

tet, wegen „Hochverrats“ verurteilt oder in Konzentrationslager verschleppt. So wurde der aus einer jüdischen Familie stammende Sozialdemokrat Ludwig Pappenheim aus Eschwege, der in der „Volksstimme“ die Nazis kritisiert hatte, schon wenige Tage nach der Wahl im März 1933 in Schutzhaft genommen und später im Konzentrationslager Neusustrum hingerichtet. Ein ähnliches Schicksal traf Wilhelm Leuschner, einen der bekanntesten hessischen Widerstandskämpfer. Der Gewerkschafter war als Landtagsabgeordneter und Innenminister ein entschiedener Gegner der Nazis. Mit fünf am Attentat gegen Adolf Hitler vom 20. Juli 1944 beteiligten Offizieren wurde er Ende September 1944 im Gefängnis Berlin-Plötzensee erhängt. Das Land Hessen verleiht seit 1964 die Wilhelm-Leuschner-Medaille an Personen, die sich um die Demokratie verdient gemacht haben.



Für den damals 31-jährigen Kommunisten Wilhelm Nickel aus Arborn im Dillkreis war das Gerichtsgefängnis in Wetzlar im August 1933 eine Zwischenstation, bevor er im Konzentrationslager landete. Er hatte noch nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler bei den Wahlen am 12. März 1933 für den Kommunallandtag in Wiesbaden kandidiert und er wurde gewählt. Doch die Nazis untersagten ihm die Wahrnehmung des Abgeordnetenmandats – wie alle seine Parteigenossen stand er unter dem Verdacht des Hochverrats. Vom NS-Kreisleiter wurde er in „Schutzhaft“ genommen und von Wetzlar aus von der Gestapo schließlich ins Konzentrationslager Esterwegen verschleppt. Er überlebte und wurde 1948 für die Freie Wählergemeinschaft Bürgermeister in Arborn und Kreistagsabgeordneter.



Zu den beruflich und politisch verfolgten Abgeordneten gehörte auch der Wetzlarer Sozialdemokrat Friedrich Fischer. 1885 in Wetzlar geboren, war er seit 1926 Geschäftsführer der Allgemeinen Ortskrankenkasse (AOK) in Wetzlar und wurde dort 1933 aus politischen Gründen entlassen. Zunächst Mitglied der USPD, wurde er 1925 erstmals Vorsitzender der Wetzlarer SPD und dann auch der Kreis-SPD. Er engagierte sich von Anfang an im Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“, der 1924 in Wetzlar von aktiven Demokraten des liberalen Bürgertums und Sozialdemokraten gegründet wurde, um die gefährdete Weimarer Republik zu verteidigen. Ein wichtiger Förderer des Reichsbanners in Wetzlar war der Industrielle Ernst Leitz II. 1930 übernahm Friedrich Fischer den Vorsitz des Vereins, der über 500 Mitglieder hatte und bei Kundgebungen bis zu 6.000 Menschen mobilisieren konnte – bis er schließlich von braunen Horden bekämpft und von den Nazis verboten wurde.



Seit 1921 Mitglied des Kreistages und 1923 bis 1924 Stadtverordneter in Wetzlar, war Friedrich Fischer von 1925 bis 1932 Mitglied des Provinzial-Landtags der preußischen Rheinprovinz. Nach der Zuordnung des Kreises zur Provinz Hessen-Nassau kandidierte er für den nassauischen Kommunallandtag. Auch hier gewählt, konnte er das Mandat aber nicht antreten. Auch er wurde in „Schutzhaft“ genommen, da – so beschreibt es der Historiker Michael Bermejo – „laut Polizeibericht angeblich die Gefahr bestanden habe, dass eine erregte Menge (d.h. eine Meute NSDAP-Anhänger), die sich am Abend des 29. März 1933 vor seinem Haus und vor den Häusern anderer Parteiführer versammelt

und seine Inhaftierung gefordert hatte, tötlich gegen ihn vorgegangen wäre.“ Nach dem Krieg wurde Friedrich Fischer wieder Geschäftsführer der AOK und ehrenamtlicher Stadtrat. Er starb in seiner Heimatstadt im September 1958.



Anstelle von Friedrich Fischer nahm sein Ersatzmann Ludwig Bodenbender aus Salzböden am 4. April 1933 an der Sitzung des neu gewählten Kommunallandtages teil. Zwei Tage vorher war der gelernte Metallarbeiter als Verwalter der AOK-Zahlstelle in Ehringhausen fristlos entlassen worden. Kurz darauf wurde ihm – wie allen sozialdemokratischen Abgeordneten – als Mitglied „einer staats- und volksfeindlichen Organisation“ die Wahrnehmung des Abgeordnetenmandats untersagt. Anfang 1934 wurde Bodenbender verhaftet und im Wetzlarer Gerichtsgefängnis eingekerkert. Nach dem Krieg wurde er Landtagsabgeordneter, Vorsitzender der SPD-Fraktion und 1953 im Kabinett des legendären Ministerpräsidenten Georg August Zinn Hessischer Staatsminister für Landwirtschaft und Forsten.



Zur Erinnerung an die vom NS-Regime verfolgten Abgeordneten hat der Historiker Michael Bermejo – initiiert und unterstützt von der Historischen Kommission für Nassau – eine biographische Dokumentation verfasst: „Der Verfolgung ausgesetzt – Hessische Parlamentarier in der NS-Zeit“ (ISBN 978-3-930221-34-9). Präsentiert werden die Biographien der Abgeordneten, die 1933 ihr Mandat verloren oder nicht antreten durften. Eine lesenswerte Lektüre um nachzuvollziehen, mit welchen Schikanen und menschenverachtenden Methoden die Nazis gegen demokratisch gewählte Abgeordnete



Gerhard Bökel war seit 1978 Landtagsabgeordneter für Wetzlar, Landrat des Lahn-Dill-Kreises und später Innen- und Landwirtschaftsminister

te vorgingen. Lesenswert aber auch, weil Bermejo aufzeigt, wie sich Überlebende des Nazi-Terrors nach dem Krieg am Wiederaufbau demokratischer Strukturen beteiligten.



Der Verfolgung ausgesetzt Hessische Parlamentarier in der NS-Zeit“ (ISBN 978-3-930221-34-9)



Nicht überlebt hat der kommunistische Abgeordnete Wilhelm Beutel, er wurde am 27. Juli 1944 durch das Fallbeil im Strafgefängnis Köln hingerichtet. Bermejo zitiert aus dem letzten Brief Beutels an seine Mutter: „Heute schreibe ich Dir zum letzten Male. In zwei Stunden schlägt mein Herz nicht mehr. Mein Herz, das immer für Euch und die Menschheit geschlagen hat. Einmal muss ja jeder Mensch sterben und ich finde, dass – wenn es schon sein musste – dies für mein kämpferisches Leben, wie das meine, doch der würdigste Tod ist.“

gen Sommerpause durchaus auch von Dritten für ihre Tagungen, Sitzungen oder Seminare genutzt werden könnte. Wie, das verrät gerne Frau Thauwald, die tel. über 92494-0 zu erreichen ist oder über die Homepage der Einrichtung. Zur besseren Vernetzung und Verankerung des Bildungszentrums in der Stadt wurde in dem Gespräch diskutiert z.B. für Schulabsolventen einen Tag der offenen Tür zu veranstalten, oder Veranstaltungen zu gesellschaftspolitisch brisanten Themen in der Einrichtung für die Stadtgesellschaft anzubieten. Kurzweilige 3 ½ Stunden für die anwesenden Sozialdemokraten.

**SPD-Fraktion hält an der WetzlarCard fest. WetzlarCard beinhaltet zwei Busfahrkarten der Preisstufe I im Monat.**

CDU, FDP und die NPD haben auch 2017 wieder Anträge gestellt, um die WetzlarCard ganz abzuschaffen oder einzuschränken. Die WetzlarCard-Inhaber bekommen 2 Gutscheine im Monat für Tagesfahrkarten der Preisstufe I (4,20 Euro für Erwachsene, 2,55 Euro für Kinder). Dies ist der Opposition ein Dorn im Auge. Ziel der WetzlarCard ist

es, Menschen mit geringem Einkommen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Kinder können ihren Kindergeburtstag in der Freizeithalle im Westend feiern. Sie erhalten eine 50%-Ermäßigung bei Ferienprogrammen der Stadt und bei Angeboten des Jugendbildungswerks. Eltern und Kinder können kostenlos in die städtischen Museen. Für Senioren gibt es eine 50%-Ermäßigung bei Seniorenveranstaltungen.

Vergünstigte Volkshochschulkurse gibt es für alle Inhaber der WetzlarCard. Zudem vermittelt der Verein KulturTicket e.V. kostenlose Eintrittskarten für Kulturveranstaltungen und für ausgewählte Heimspiele der HSG Wetzlar und des RSV Lahn-Dill. Im Freibad Domblick und im Hallenbad Europa gibt es vergünstigten Eintritt. Im Jahr 2016 gab es 2.380 WetzlarCard-Inhaber. In der Altersgruppe der über 65-Jährigen ist der Anteil der Frauen am höchsten. Für die SPD-Fraktion gehört Gerechtigkeit in eine moderne Stadtgesellschaft. Gerechtigkeit zeigt sich immer daran, wie an die Schwachen, die Kinder, an Kranke, an Menschen mit Behinderung, an alte Menschen und Menschen mit geringem

Einkommen gedacht wird und wie wir mit ihnen umgehen. CDU, FDP und die NPD zeigen mit ihren wiederkehrenden Anträgen, dass sie einen bestimmten Teil unserer Stadtgesellschaft an den Rand drängen wollen. Die im Haushalt 2017 eingestellten 127.500,- Euro für die WetzlarCard sind ein wichtiger und wertvoller Beitrag für eine solidarische und lebenswerte Stadt.



Wir freuen uns, dass **Ulrike Rühl** nach einigen Jahren Pause wieder in das Stadtparlament eingezogen ist. Die pensionierte Lehrerin hat eine langjährige kommunalpolitische Erfahrung. Ihre hohe Fachkompetenz und ihr ruhiges Wesen ist eine Bereicherung in der Stadtverordnetenfraktion. Sie ist in den Bauausschuss berufen worden.

**Barrierefreier Ausbau der Bushaltestellen wird fortgesetzt**

Der barrierefreie Umbau und Neubau von Haltestellen ist eines der wichtigsten Themen, wenn es um die Schaffung einer „barrierefreien Mobilität im ÖPNV“ geht. Der Behindertenbeirat der Stadt Wetzlar hatte eine Prioritätenliste zum Ausbau barrierefreier Bushaltestellen erarbeitet. Von dieser Liste wurden in den letzten Jahren bereits einige Haltestellen umgebaut. Der mit der Erarbeitung der Prioritätenliste befasste Arbeitskreis hat sich dabei von vier Kriterien leiten lassen.

- Zum einen sollten immer die Haltestellen für beide Fahrtrichtungen ausgebaut werden,
  - dann müssen vor allem zentrale Haltestellen berücksichtigt werden,
  - es sollte in jedem Stadtteil zumindest für jede Fahrtrichtung eine Haltestelle vorhanden sein
  - und der Weg zur nächsten barrierefreien Haltestelle sollte nicht zu weit sein.
- Die größte und wohl auch bekannteste Maßnahme war in diesem Zusammenhang der Umbau des Leitzplatzes und der dortigen Bushaltestelle. Auch in diesem Jahr werden vier weitere Bushaltestellen barriere-



Foto: Bärbel Keiner

frei ausgebaut. Es sind im Stadtgebiet die Haltestellen Wetzlar Wilhelm-Reitz-Platz, Kleegärten und Am Trauar, sowie in Dutenhofen die Gießener Straße. Mit dem Ausbau wird voraussichtlich im April 2017 begonnen, er soll bis zum September 2017 abgeschlossen sein. Bärbel Keiner, Vorsitzende des Behindertenbeirates: „Nicht nur für Menschen mit Behinderung sind barrierefreie Haltepunkte wichtig. Alle Fahrgäste, beispielsweise junge Mütter mit Kinderwagen oder Reisende mit schwerem Gepäck, profitieren davon. Wir sind sehr froh, mit dem weiteren Ausbau eine Verbesserung der Lebensqualität für die Seniorinnen und Senioren sowie Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen zu schaffen.“

# Dagmar Schmidt: erfolgreiche sozialdemokratische Politik in Berlin

Die SPD hat in der Regierungsverantwortung viel sozialdemokratische Politik durchgesetzt

**Die SPD hat in der großen Koalition dafür gesorgt, dass zum ersten Mal seit langem wieder bessere Rentenleistungen möglich werden.**

Die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren nutzt vor allem denjenigen, die lange ihren Beitrag zur Rentenversicherung geleistet haben, denen es aber oft schwerfällt, bis 67 zu arbeiten. Mit der Mütterrente haben wir mehr Gerechtigkeit für über 9 Millionen Mütter geschaffen.

Die Verbesserungen bei der Erwerbminderungsrente helfen denen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr weiterarbeiten können und die besonders von Altersarmut bedroht sind.

Mit dem Bundesteilhabegesetz (BTHG) haben wir eine der großen sozialpolitischen Reformen dieser Legislaturperiode durchgeführt. Wir schaffen damit mehr Möglichkeiten und mehr Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderungen.

Gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit. Das muss im Zusammen-

spiel zwischen der Stammebelegschaft und Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter gelten. Das muss ebenso für Frauen und Männer gelten. Dafür haben wir uns stark gemacht. Wir haben rechtliche Lücken bei Werkverträgen geschlossen, Leiharbeit geschützt, eine Frauenquote in Führungspositionen eingeführt, für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf gesorgt und zuletzt haben wir uns mit einem besseren Auskunftsrecht für eine höhere Lohngerechtigkeit zwischen Männern und Frauen eingesetzt.

Wir haben in der Großen Koalition Maßnahmen gegen Kinderarmut umgesetzt. Diese sind aus meiner Sicht aber nicht ausreichend, um die Situation grundlegend zu verbessern. Kinder haben ein eigenes Recht auf Bildung und Teilhabe. Ihr späterer Erfolg darf nicht vom Einkommen der Eltern abhängig sein! Ich arbeite für eine Kindergrundsicherung, denn Kinder haben eigenständige Rechte. Niemand soll wegen seiner Kinder in Armut geraten. Jedes Kind muss

die gleichen Chancen auf ein gutes und selbstbestimmtes Leben haben – unabhängig von Herkunft und Geschlecht.

Bei der Reform der Heil- und Hilfsmittelversorgung konnte sich die SPD mit allen Forderungen durchsetzen – darunter z.B. auch eine verbesserte Übernahme der Kosten für Sehhilfen.

Das gesellschaftliche und soziale Leben findet vor Ort in den Städten, Dörfern und Gemeinden statt. Für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist es daher von besonderer Bedeutung, dass die Kommunen ausreichend finanziell ausgestattet sind. Sie müssen sowohl ihren Pflichtaufgaben als auch ihrem Gestaltungsauftrag gerecht werden können. Deswegen hat die SPD starke Entlastungen für die Kommunen durchgesetzt. Ein Großteil der finanziellen Unterstützung des Bundes für die Kommunen wird über die Bundesländer nach eigenen Verfahren und Kriterien verteilt. Hier steht die Hessische Landesregierung in der Pflicht, die vorgesehenen Mit-



tel im vollen Umfang an die Kommunen weiterzureichen.

Die SPD hat in den vergangenen Jahren viel sozialdemokratische Politik durchgesetzt.

Wenn Sie mehr über meine Arbeit wissen möchten, können Sie meinen Newsletter abonnieren. DIE SCHMIDT erscheint am

Ende jeder Sitzungswoche mit Berichten aus Berlin und aus dem Wahlkreis. – mit einer Mail (Betreff: Anmeldung DIE SCHMIDT) an [dagmar.schmidt@bundestag.de](mailto:dagmar.schmidt@bundestag.de) sind Sie dabei. Oder Sie besuchen meine Webseite unter [www.dagmarschmidt.de](http://www.dagmarschmidt.de), folgen mir auf Twitter oder auf Facebook.

Dagmar Schmidt mit dem Kanzlerkandidaten der SPD Martin Schulz



Wichtig sind Termine vor Ort im Wahlkreis



Bei einer Abstimmung im Bundestag



Im Abgeordnetenhaus



Ihr Sohn ist immer mit dabei.



# Verfassungsfeinde im Wetzlarer Parlament

Die rechtsradikale NPD: Rassistisch, völkisch und übersteigter Nationalismus

Von sich selbst haben sie ein klares Bild. Nur sie als NPD stünden für Werte und den Nationalstaat. Alle anderen Parteien, egal ob CDU oder SPD, ob FDP und erst recht die Grünen, existierten nur, um den Staat, den es nach ihrer Lesart entweder nicht gibt oder nicht geben dürfte, zu ruinieren.

Dass sich Eigenwahrnehmung und Fremdwahrnehmung oftmals unterscheiden, wird in der Betrachtung der NPD mehr als deutlich. Zwar ist die rechtsradikale Partei im Austeilen durchaus kräftig und radikal. Wird sie selbst jedoch beleuchtet, gilt sie als klagefreudig, bis hin zur „Prozesshanserei“.

Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Urteil vom 17. Januar 2017 klar und eindeutig festgestellt, dass die NPD ein auf die Beseitigung der bestehenden freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichtetes politisches Konzept vertritt.

Sie will die bestehende Verfassungsordnung durch einen an der ethnisch definierten „Volksgemeinschaft“ ausgerichteten autoritären Nationalstaat ersetzen. Ihr politisches Konzept missachtet die Menschenwürde und ist mit dem Demokratieprinzip unvereinbar. Die NPD arbeitet auch planvoll und mit hinreichender Intensität auf die Erreichung ihrer gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Ziele hin.

Allerdings fehlt es – nach Einschätzung des Bundesverfassungsgerichtes – an konkreten Anhaltspunkten von Gewicht, die es möglich erscheinen lassen, dass dieses Handeln zum Erfolg führt. Daher hat der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts den zulässigen Antrag des Bundesrats auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit und Auflösung der NPD und ihrer Unterorganisationen (Art. 21 Abs. 2 GG) mit dem Urteil vom 17. Januar 2017 einstimmig als un begründet zurückgewiesen.

Dabei ist das Bundesverfassungsgericht von folgenden Argumenten ausgegangen (Quelle: Pressemitteilung Nr. 4/2017 vom 17. Januar 2017):

a) Das politische Konzept der NPD ist auf die Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichtet.

b) Der von der NPD vertretene Volksbegriff verletzt die Menschenwürde.

c) Das Politikkonzept der NPD



Im Oktober 2016 zeigten bis zu 1.500 Demonstranten in Wetzlar den NPD-Sympathisanten, dass für sie kein Platz in Wetzlar ist

ist auf die Ausgrenzung, Verächtlichmachung und weitgehende Rechtslosstellung von gesellschaftlichen Gruppen (Ausländern, Migranten, religiösen und sonstigen Minderheiten) gerichtet.

d) Die NPD missachtet die freiheitliche demokratische Grundordnung auch mit Blick auf das Demokratieprinzip.

e) Die NPD ist für die Abschaffung des bestehenden parlamentarisch-repräsentativen Systems und seine Ersetzung durch einen am Prinzip der „Volksgemeinschaft“ orientierten Nationalstaat.

f) Die NPD weist eine Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus auf. Das Konzept der „Volksgemeinschaft“, die antisemitische Grundhaltung und die Verächtlichmachung der bestehenden demokratischen Ordnung lassen deutliche Parallelen zum Nationalsozialismus erkennen. Hinzu kommen das Bekenntnis zu Führungspersonlichkeiten der NSDAP, der punktuelle Rückgriff auf Vokabular, Texte, Liedgut und Symbolik des Nationalsozialismus sowie geschichtsrevisionistische Äußerungen, die eine Verbundenheit zumindest relevanter Teile der NPD mit der Vorstellungswelt des Nationalsozialismus dokumentieren. Die Wesensverwandtschaft der NPD mit dem Nationalsozialismus bestätigt deren Missachtung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

g) Einem Verbot der NPD steht nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes letztlich nur entgegen, dass sich die NPD

zwar zu ihren gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Zielen bekennen und planvoll auf deren Erreichung hin arbeite, so dass sich ihr Handeln als qualifizierte Vorbereitung der von ihr angestrebten Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung darstellt.

Es fehlt jedoch an konkreten Anhaltspunkten von Gewicht, die eine Durchsetzung der von ihr verfolgten verfassungsfeindlichen Ziele möglich erscheinen lassen. Denn: Ein Erreichen der verfassungswidrigen Ziele der NPD mit parlamentarischen oder außerparlamentarischen demokratischen Mitteln erscheint nach Einschätzung des Bundesverfassungsgerichtes ausgeschlossen.

h) Im parlamentarischen Bereich verfügt die NPD weder über die Aussicht, bei Wahlen eigene Mehrheiten zu gewinnen, noch über die Option, sich durch die Beteiligung an Koalitionen eigene Gestaltungsspielräume zu verschaffen.

i) Auf überregionaler Ebene ist sie gegenwärtig lediglich mit einem Abgeordneten im Europäischen Parlament vertreten. Die Wahlergebnisse bei Europa- und Bundestagswahlen stagnieren auf niedrigem Niveau. Die NPD hat es in den mehr als fünf Jahrzehnten ihres Bestehens nicht vermocht, dauerhaft in einem Landesparlament vertreten zu sein. Anhaltspunkte für eine künftige Veränderung dieser Entwicklung fehlen.

j) Hinzu kommt, dass die sonstigen in den Parlamenten auf Bundes- und Landesebene vertretenen Parteien zu Koalitionen oder auch nur punktuellen Kooperationen mit der NPD bisher nicht bereit sind. Trotz ihrer Präsenz in den Kommunalparlamenten ist ein bestimmender Einfluss auf die politische Willensbildung auch in den kommunalen Vertretungskörperschaften weder gegeben noch zukünftig zu erwarten.

Nach den vom Bundesverfassungsgericht überzeugend vorgebrachten Argumenten gehören die fünf Wetzlarer Stadtverordneten der NPD also einer Partei an, die verfassungsfeindlich ist.

Dass diese Einschätzung des Bundesverfassungsgerichtes auch für die Wetzlarer Stadtverordnetenversammlung zutreffend ist,

beweisen die Frauen und Männer der rechtsradikalen Partei in jeder Parlamentsitzung, die sie bewusst dazu missbrauchen, ihre rassistischen, völkischen und nationalistischen Parolen in widerwärtigen

Redebeiträgen zu artikulieren.

Vielleicht wäre die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes weitreichender ausgefallen, wäre einmal eine Parlamentsitzung in Wetzlar besucht worden.



Viele junge Leute protestierten gegen die NPD

## Wetzlar Kurier in finanziellen Nöten?

Oder outet Irmer nun endlich die Quelle seiner reißerischen Artikel?

Der erstaunte Leser mag sich wundern, was zu diesen beiden zumindest gewagt anmutenden Fragen geführt hat.

Nun ja, wer den letzten Wetzlar Kurier aufmerksam angeschaut hat, der könnte die Antwort darauf schon erahnen. Nein, keiner der Artikel hat zu diesen Vermutungen geführt, sondern eine halbseitige Anzeige des Kopp Verlags in den letzten Ausgaben 2 und 3/2017.

Ja, Sie haben richtig gelesen, der Kopp Verlag. Für diejenigen, denen dieser kein Begriff ist, hier eine kurze Zusammenfassung: rechtspopulistisch, verschwörungstheoretisch, pseudowissenschaftlich. Das CDU Blatt bewirbt ein Buch aus einem Verlag, der das Verbreiten von Unwahrheiten, Hetze und Angst zum erfolgreichen Geschäftsmodell ausgebaut hat.

Das Landesamt für Verfas-

sungsschutz Baden-Württemberg nimmt den Verlag und dessen Werke sogar in regelmäßigen Abständen unter die Lupe. Leider hat man ja am gescheiterten NPD-Verbot gesehen, dass auch nachgewiesene Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung nicht notwendigerweise zu Konsequenzen führen.

Aber zumindest von Vertretern einer Volkspartei, wie der CDU, sollte man erwarten, dass sie solchen Scharlatanen und deren Werken nicht noch eine Bühne bauen.

Als einzige Erklärung dafür, dass H.J. Irmer sich mit Volksverhetzern in ein Bett legt, kann man nur an schwere finanzielle Probleme glauben.

Oder gibt Irmer nun endlich seine rechtspopulistischen verschwörungstheoretischen und pseudowissenschaftlichen Wurzeln preis?

Kaum zu ertragen, NPD-Anhänger in Wetzlar



## DLRG Wetzlar mit erfolgreichem Jahr

Positive Entwicklung mit inzwischen mehr als 1.380 Mitgliedern des Ortsverbandes



Im Rahmen der Jahreshauptversammlung wurden einige Mitglieder für ihre langjährige Mitgliedschaft geehrt

**Der DLRG Ortsverband wächst kontinuierlich weiter.**

Oberbürgermeister Manfred Wagner würdigte im Rahmen seines Grußwortes diese positive Entwicklung des inzwischen mehr als 1.380 Mitglieder zählenden Verbandes als Beleg für die engagierte Arbeit der Wetzlarer Organisation.

Zugleich würdigte der OB den vielfältigen Einsatz der Rettungsschwimmer, sei es bei der Wass-

erwacht, der Integrationsarbeit – die Wetzlarer Gruppe ist anerkannter Stützpunktverein im Rahmen der Initiative „Integration durch Sport“ – oder in der Jugendarbeit. Und schließlich komme auch das Vereinsleben nicht zu kurz.

Ganz offensichtlich, so Wagners Resümee, eine gelungene Kombination, die sich auch in der Vielzahl der zu ehrenden, langjährigen Mitglieder ausdrückt.

## Gefährliches Phänomen „Reichsbürger“

Ca. 500 Reichsbürger in Hessen. Etliche davon gelten als rechtsextremistisch.

**Mit der Festnahme eines Reichsbürgers in der benachbarten Gemeinde Biebertal zeigt sich deutlich: Dies ist nicht nur ein Phänomen in den Großstädten oder im Osten der Republik.**

Menschen, die die Bundesrepublik als Staat nicht anerkennen, gar ablehnen und keinerlei Respekt vor dem Staat und seinen Einrichtungen, wie der Polizei haben, gibt es auch im mittelhessischen Raum. Doch was sind „Reichsbürger“? Was eint diese Gruppe und warum agieren sie so, wie sie es tun?

Das Hessische Landesamt für Verfassungsschutz führt dazu auf seiner Homepage aus, dass Reichsbürger Gruppierungen und Einzelpersonen sind, die aus unterschiedlichen Motiven und Begründungen die Bundesrepublik Deutschland als Staat sowie deren Rechtssystem und Staatsorgane nicht anerkennen.

Reichsbürger sind unter anderem der Auffassung, dass das Deutsche Reich fortexistiere. Dem Grundgesetz und dem freiheitlichen Rechtsstaat der Bundesrepublik Deutschland sowie ihren demokratisch gewählten Repräsentanten wird von Reichsbürgern die Legitimation abgesprochen.

Dabei berufen sie sich unter anderem auf das historische Deutsche Reich, verschwörungstheoretische Argumentationsmuster oder ein selbst definiertes Naturrecht.

Reichsbürger sehen sich als außerhalb der Rechtsordnung stehend. Sie sind deshalb in hohem Maße bereit, Verstöße gegen die Rechtsordnung zu begehen.

Die Szene der Reichsbürger ist dabei alles andere als homogen. In ihrer fundamentalen Ablehnung der Bundesrepublik Deutschland und ihrer gesamten Rechtsordnung ist sich diese Szene jedoch einig. Mit aggressiven Verhaltensweisen gegenüber den Gerichten und Behörden der Bundesrepublik Deutschland ist ein Kernelement ihrer Handlungen beschrieben.

Die Reichsbürgerbewegung wird mittlerweile bundesweit vom Verfassungsschutz beobachtet. Zuvor wurden bereits die als rechtsextremistisch in Erscheinung getretenen Reichsbürgergruppierungen Exilregierung Deutsches Reich und Freistaat Preußen beobachtet.

Als rechtsextremistisch gelten in diesem Zusammenhang jene Reichsbürger, die neben der Fortexistenz des Deutschen Reiches zugleich rechtsextremistische Elemente wie Rassismus oder Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, übersteigerten Nationalismus oder völkischen Kollektivismus propagieren.

Die hessischen Sicherheitsbehörden gehen aktuell von mehr als 500 Reichsbürgern in Hessen aus. Etliche davon gelten als rechtsextremistisch. Ebenfalls verfügen zahlreiche Personen, die den Reichsbürgern in Hessen zugeordnet werden, über eine waffenrechtliche Erlaubnis.

Das zeigt, dass es sich nicht um harmlose Spinner oder Sonderlinge handelt, sondern um eine gefährliche Gruppierung, die im Ergebnis eine Beseitigung unseres Staates durch „Nichtanerkennung“ anstrebt.

## Ernst Richter mit dem Lina-Muders-Preis ausgezeichnet

Dagmar Schmidt hält Laudatio auf den Gewerkschafter und Vorsitzenden des „Vereins Wetzlar erinnert“ sowie Sprecher des Bündnisses „Bunt statt Braun“

**Zum achten Mal hat die Wetzlarer SPD in diesem Jahr den Lina-Muders-Preis verliehen.**

Ausgezeichnet wurde Ernst Richter für seinen unermüdlichen Einsatz für das Erinnern, gegen das Vergessen und das unablässige Eintreten für die Werte unserer freiheitlichen, demokratischen und solidarischen Gesellschaft.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Dagmar Schmidt war es vorbehalten, im Lina-Muders-Saal der Wohnanlage in der Wetzlarer Brettschneider-Straße die Laudatio auf den 64-jährigen Gewerkschafter und Vorsitzenden des „Vereins Wetzlar erinnert“ sowie Sprecher des Bündnisses „Bunt statt Braun“ zu halten.

Dagmar Schmidt rief in Erinnerung, dass unter Richters Regie bereits mehr als 1.400 Menschen den „Weg der Erinnerung“ genannten historischen Stadtrundgang mit Stationen aus Wetzlars „brauner Zeit“ unternommen haben. Der Ausgezeichnete habe in „Erzählcafés“ Zeitzeugen zu Wort kommen lassen, antifaschistische Schulprojekte („Menschenbilder“) begleitet und Proteste gegen Neonazi-Aufzüge in der Stadt initiiert.

„Ich empfinde es als ein Geschenk, in Frieden und Freiheit aufgewachsen zu sein. Menschen wie Ernst Richter schreiten ein, wenn der Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes und Minderheitenrechte von rechts attackiert werden“, lobte Schmidt.

Und Menschen wie Ernst Richter gehören immer wieder ermuntert und in das öffentliche Bewusstsein gerückt, denn sie verteidigen die Freiheit, die es am Ende auch den Gegnern einer pluralen Gesellschaft erst ermöglicht, sich mit ihren abseitigen Meinungen zu Wort zu melden.

Der Vorsitzende des Stadtverbandes der Wetzlarer SPD, Manfred Wagner, erinnerte an die Namensgeberin des Preises. Lina Muders, die Arbeiterfrau aus der Wetzlarer Neustadt, war 1919 in die SPD eingetreten, engagierte sich später gemeinsam mit Willy Knothe, der zur damaligen Zeit Parteisekretär der SPD in Wetzlar war, im Widerstand gegen die Nationalsozialisten. Knothe, aber auch Lina Muders wurden für ihre unbeugsame



SPD-Fraktionsvorsitzende Sandra Ihne-Köneke, Ernst Richter und MdB Dagmar Schmidt

Haltung, ihren aufrechten Gang, inhaftiert und saßen im Gefängnis. Knothe entging nur durch seine Flucht aus dem Frankfurter Polizeigefängnis seiner Liquidation.

Während Willy Knothe nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges Landes- und stellvertretender Bundestags- und Landtagsabgeordneter war, leistete Lina Muders in ihrer Heimatstadt Wetzlar ihren Beitrag zum Wiederaufbau eines demokratischen Gemeinwesens. Die Mitbegründerin der Wetzlarer Arbeiterwohlfahrt engagierte sich insbesondere als Abgeordnete des Wetzlarer Kreistages und als stellvertretende Vorsitzende der Wetzlarer AWO.

Diejenigen, die Opfer des Nationalsozialismus wurden, die sich gegen das menschenverachtende, mörderische Regime stellten, haben uns den Staat vermacht, in dem wir heute leben dürfen, so Wagner. Dieses Vermächtnis gilt es zu bewahren. Es ist Aufbäumen und Widerspruch gefragt, wenn Ewiggestrige mit dumpfen Parolen Stimmung machen. Wir leben in einer wehrhaften Demokratie. Sie fordert nicht nur die Organe des Staates, sondern jeden einzelnen,

sich einzumischen, wenn die Werte der Demokratie in Gefahr geraten, beschädigt zu werden. Die Demokratie wird nicht auf dem Sofa verteidigt, so Wagner.

Sandra Ihne-Köneke, die Vorsitzende der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion, hatte mit ihren Begrüßungsworten in den Abend eingeführt. Sie griff mit ihren Schlussworten auch das von Richter in seine Dankesworte einbezogene Zitat von Erich Kästner auf: „Die Ereignisse von 1933 bis 1945 hätten spätestens 1928 bekämpft werden müssen. Später war es zu spät. Man darf nicht warten, bis der Freiheitskampf Landesverrat genannt wird. Man darf nicht warten, bis aus dem Schneeball eine Lawine geworden ist. Man muss den rollenden Schneeball zertreten. Die Lawine hält keiner mehr auf.“

Mit dem Lina-Muders-Preis wolle die SPD dazu ermuntern, rollende Schneebälle zu zertreten, die Zivilcourage zum Widerspruch bestärken, damit unsere Gesellschaftsordnung eine freiheitliche bleibt.

Eindrucksvoll umrahmt wurde die Preisverleihung auch in diesem Jahr wieder von Julia Pritz (Harfe).



**Ihre Fahrradwelt**  
auf der Bachweide

**über 500 Bikes**  
in unserer Ausstellung

**ZWEIRAD**  
**Sarges**  
Bachweide · Wetzlar seit 1949

Hessenstraße 1 · Wetzlar · Tel.: 06441-94570  
[www.zweirad-sarges.de](http://www.zweirad-sarges.de)

**Schlosserei Metallbau**

**Lang Stahlbau**  
Schlosserei Metallbau

Tel: 06445 73 27

35641 Schöffengrund OT Laufdorf  
Industriegelände - Eichenhain 7

E-Mail: [info@langstahlbau.de](mailto:info@langstahlbau.de)  
[www.LangStahlbau.de](http://www.LangStahlbau.de)

## Rita Aspermaier geehrt für 40 Jahre in der SPD

Nauborner Mitgliederversammlung

**Am 22.02.2017 wurde Rita Aspermaier im Rahmen der Mitgliederversammlung der SPD Nauborn für 40 Jahre Mitgliedschaft geehrt.**

Peter Pausch überreichte ihr als 1. Vorsitzender und Ortsvorsteher die Urkunde. Vorstandsmitglied und Stadtverordnetenfraktions-

vorsitzende Sandra Ihne-Köneke bedankte sich bei Rita Aspermaier für die langjährige Treue der SPD gegenüber.

Menschen wie Rita Aspermaier bilden das starke Fundament der Partei. Sie lebt Solidarität, das Miteinander in der SPD, wie im Mandolinenverein.



Ortsvorsteher Peter Pausch (SPD), Fraktionsvorsitzende Sandra Ihne-Köneke und Rita Aspermaier (von links)

## Traditionelles Heringessen der Nauborner SPD

Politischer Aschermittwoch mit leckerem Heringssalat

**Am Aschermittwoch fand in Nauborn wieder das traditionelle Heringessen der Nauborner SPD statt.**

Ortsvorsteher Peter Pausch konnte mehr als 30 Gäste begrüßen, darunter auch den SPD-Landtagsabgeordneten Stephan Grüger, den Stadtverordnetenvorsteher Udo Volck und die SPD-Fraktionsvorsitzende der Stadtverordnetenversammlung Sandra Ihne-Köneke.

Nach dem lecker zubereiteten Heringstipp sprach Stephan Grüger zu den Gästen.

Er rief dazu auf, die Bundestagsabgeordnete der SPD für den Lahn-Dill-Kreis, Dagmar Schmidt, bei der Bundestagswahl am 24.09.2017 erneut zu wählen. Sie ist seit 2011 Bundestagsabgeordnete und hat unter anderem an der erfolgreichen Rentenreform und der Einführung des Mindestlohns mitgearbeitet.

Grüger beendete seine Rede mit den Worten: „Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit, es ist Zeit für mehr



Stadtverordnetenvorsteher Udo Volck unterhält sich angeregt mit den Gästen

Energie, es ist Zeit für Schulz.“

Stadtverordnetenvorsteher Udo Volck bedankte sich bei allen Vereinsaktiven, die mit ihrer Arbeit einen wertvollen Beitrag für die positive Lebensqualität in Nauborn leisten.

Sandra Ihne-Köneke erläuterte dazu, dass im Haushalt 2017 mehr als drei Millionen Euro für Sport und Bäder eingestellt sind. Der

Zuschussbetrag für Kultur beträgt über 2,7 Mill. Euro. Diese umfangreichen Leistungen seien nur durch einen ausgeglichenen Haushalt möglich geworden. Sie wies darauf hin, dass die Vereinsarbeit und das Ehrenamt einen hohen Stellenwert für die Stadt Wetzlar haben: so können Bürgerinnen und Bürger ihre Stadt mitgestalten und verändern.

## Wetzlar bereitet sich auf Leichtathletik-Meisterschaft vor

Wetzlar „der ideale Austragungsort. Nirgendwo funktioniert es besser.“

**In Wetzlar steht im Jahr 2017 ein weiteres sportliches Großereignis bevor: Am 1. und 2. Juli findet die Süddeutsche Meisterschaft der Leichtathleten im Stadion der Domstadt statt.**

Dazu werden rund 1.200 Sportler erwartet. Oberbürgermeister Manfred Wagner (SPD) eröffnete jetzt gemeinsam mit Anja Wolf-Blanke, der Präsidentin des Hessischen Leichtathletikverbandes (HLV), die erste Sitzung des Organisationskomitees im Neuen Rathaus.

„Mit dieser Veranstaltung schärfen wir unser Profil als Sportstadt zusammen mit den Vereinen und Verbänden. Die Rahmenbedingungen in Wetzlar stimmen.“

Wenn man sich die Bestenlisten anschaut, fallen die vielen Bestzeiten auf, die in Wetzlar gelaufen werden. Wir freuen uns auf die Süddeutsche Meisterschaft,“ so Wagner. Letztmals fand die Süddeutsche Meisterschaft 2012 im Wetzlarer Stadion statt, 2015 richteten Stadt und Verband die Deutsche Meisterschaft U23 aus.

Die gute Zusammenarbeit der vergangenen Jahre hob auch Wolf-Blanke hervor: „Mit der Deutschen Meisterschaft U23 haben wir vor eineinhalb Jahren eine Veranstaltung angeboten, die bis heute ihresgleichen sucht. Daran wer-

den wir gemessen werden und daran wollen wir uns auch gerne messen lassen.“ Für die Präsidentin der hessischen Leichtathleten ist Wetzlar „der ideale Austragungsort. Nirgendwo funktioniert es besser.“



Fotos: Heiner Jung



### Restaurant La Terrazza in Naunheim

Das Restaurant La Terrazza möchte, dass sie unvergessliche Momente in unserem Haus erleben können. Wir stehen Ihnen mit italienischer und heimischer Küche zur Verfügung und unser Team verwöhnt sie mit neuen Weinen und verschiedenen Grappas. Wir bieten Ihnen auch ein täglich wechselndes Mittagsmenu. Für Feierlichkeiten bieten wir Platz für bis zu 120 Personen mit einem breiten Spektrum an Speisen, sowie Buffets in verschiedenen Größen.

Im Sommer steht unseren Gästen auch die Terrasse zur Verfügung.

Waldgirmeser Straße 38 · 35584 Wetzlar-Naunheim · Telefon 064 41 383 27 99  
Montag bis Sonntag von 11.30-14.30 und 17.30-23.30 Uhr



Heiner Jung, Anzeigenredaktion

Liebe Leserin, lieber Leser, die nächste Ausgabe der Wetzlarer Nachrichten erscheint

**Freitag, 9. Juni 2017**

Anzeigen nehmen wir gerne auf bis Mittwoch, 24. Mai 2017  
Anfragen richten Sie bitte an:

**post@heiner-medien-service.de**  
**Telefon 064 41-7 25 00**

# Frauen in der SPD können auch Heringssalat

Rund 100 Gäste kamen zum Heringessen der SPD in Münchholzhausen ins Bürgerhaus

**Trotz des Viertelfinales im DFB-Pokal fanden auch dieses Jahr wieder rund einhundert Dutenhofener und Münchholzhäuser den Weg in das Bürgerhaus zum traditionellen Heringessen des Ortsvereins Münchholzhausen.**

Der Vereinsvorsitzende und Ortsvorsteher Peter Helmut Weber eröffnete die Veranstaltung mit einer kurzen Begrüßung und gab das Zeichen an die Küche, die Tische mit Pellkartoffeln und leckerem Heringssalat zu bestücken.

Nach dem Essen gab er einen Einblick in die Tätigkeiten des Ortsbeirates innerhalb des vergangenen Jahres.

Danach berichtete die für den kurzfristig erkrankten Stadtrat Jörg Kratkey eingesprungene Fraktionsvorsitzende Sandra Ihne-Köneke über aktuelles aus der Stadtverordnetenversammlung in Wetzlar. Sie berichtete über die vorange-

triebene Haushaltskonsolidierung, mit welcher die Koalition im Wetzlarer Rathaus am Ende des Jahres den BürgerInnen einen Haushaltsüberschuss vorlegen möchte.

Sie berichtete über Fortschritte in der städtischen Entwicklung wie die Ansiedlung des Ikea Möbelhauses, den geplanten Neubau des Stadthauses am Dom, die Entwicklung der Bahnhofstraße und die Erweiterung des Leitzparks.

In der darauffolgenden obligatorischen Fragerunde waren vor allem die mögliche Auflage des Gewerbegebietes Nord und das weitere Verfahren zum Baugebiet Schattenlänge Themen, welche den Gästen unter den Nägeln brannten. Ortsvorsteher Peter Weber, Fraktionsvorsitzende Sandra Ihne-Köneke, sowie der Fraktionsgeschäftsführer Tim Brückmann nahmen an einer lebhaften Diskussion teil und standen für Erklärungen bereit.



Dieser direkte Austausch zwischen Bürgerinnen und Bürgern mit den kommunalen Vertretern stieß bei den Zuhörern auf großes Lob, gerade weil auch auf kritische Fragen ohne Ausschweife geantwortet wurde.

Als letzte Rednerin machte

auch die Bundestagsabgeordnete Dagmar Schmidt im Bürgerhaus Münchholzhausen Halt auf ihrer Tour zum politischen Aschermittwoch. Sie berichtete von den Erfolgen sozialdemokratischer Politik innerhalb der ablaufenden Legislaturperiode im Bundestag. Vor

allem aber lobte sie, dass mit Martin Schulz nun ein Spitzenkandidat der SPD aufgestellt wurde, welcher wie kein anderer demokratische und europäische Ideale verkörpert. Sie versprach einen spannenden Wahlkampf und einen noch spannenderen Wahlabend. Auch sie stand zum Ende ihres Beitrags den Anwesenden Rede und Antwort zu bundespolitischen Themen. Zur Verabschiedung riet sie noch, den 24. September 2017 schon einmal rot im Kalender anzustreichen. Ganz im Tenor zu ihren Vorrednern warb sie ebenso darum, den Populisten die Stimme zu verweigern und die demokratischen Parteien zu unterstützen. So konnte am Ende ein gemeinschaftliches Motto für die gesamte Veranstaltung formuliert werden: Gemeinsam vor Ort Politik gestalten für ein weltoffenes, zukunftsorientiertes Deutschland in der Mitte Europas.



MdB Dagmar Schmidt, Ortsvorsteher Peter Helmut Weber und SPD-Fraktionsvorsitzende Sandra Ihne-Köneke

Lebhafte Diskussionen folgten auf die Redebeiträge



Der Heringssalat und die Pellkartoffeln waren wie immer köstlich

## Essen für einen guten Zweck

Traditionelles Heringessen der SPD Hermannstein-Blasbach am politischen Aschermittwoch

**Auch in diesem Jahr veranstaltete die SPD Hermannstein-Blasbach ihr traditionelles Heringessen, nun schon zum 21. Mal, für den guten Zweck am politischen Aschermittwoch.**

Die Veranstaltung fand diesmal im evangelischen Gemeindehaus in Hermannstein statt. Wie in jedem Jahr wurde den rund 50 Teilnehmern ein buntes Programm geboten.

Als Gastredner waren sowohl die SPD Bundestagsabgeordnete Dagmar Schmidt (MdB) als auch der Stadtverbandsvorsitzende Manfred Wagner (OB Wetzlar) geladen, aber auch der Ortsvorsteher von Hermannstein, Karl-Heinz Schäfer, war dabei und ließ sich die Heringe für den guten Zweck munden. Vor dem Speisen berichtete Dagmar Schmidt aus der Bundespolitik der SPD und sprach über die vielen sozialdemokratischen Projekte, die während der Regierungszeit auch gegen Widerstände der CDU durchgesetzt werden konnten, wie z.B. die Rente mit 63



Frank Mignon



SPD-Ortsvereinsvorsitzende Sabrina Zeiter

sowie den Mindestlohn. Sie ging aber auch auf Pläne der SPD für die nächste Legislaturperiode ein, in der der Fokus noch mehr auf soziale Gerechtigkeit gelegt werden kann, wenn die SPD mit Martin Schulz stärkste Kraft wird. Anschließend an Dagmar Schmidts Rede ging Manfred Wagner auf die Stadtpolitik in Wetzlar ein. Er sprach über die von der Koalition vorangetriebene Stadtentwicklung, die sich z.B. in Hermannstein mit den Baugebieten Rothenberg I und II positiv auswirkt. Auch über

die WetzlarCard sprach er, die es finanziell schlechter gestellten Wetzlarerinnen und Wetzlarern ermöglicht, am gesellschaftlichen Leben in Wetzlar teilzuhaben. Abgerundet wurde der Abend von Frank Mignon, der aus seiner satirischen Kolumne frank & frei vortrug und sich dabei musikalisch begleitete. Der Erlös aus dieser Veranstaltung geht an den Förderkreis der Philipp-Schubert-Schule und ermöglicht die Finanzierung von Projekten, die vom Schulträger nicht unterstützt werden.



SPD-MdB Dagmar Schmidt und OB Manfred Wagner waren die Gastredner auf einem gut besuchten Heringessen

# Wahlkampf auf Kosten der griechischen Bevölkerung – Schäuble riskiert neue Griechenland-Krise

Udo Bullmann: Ein Grexit würde die gesamte EU erneut in schwerste wirtschaftliche und politische Turbulenzen bringen.

Die Euro-Finanzminister sollten zufrieden sein mit Griechenland. Ende 2016 präsentierte das Land Wachstums- und Haushaltszahlen, die die Erwartungen seiner Gläubiger deutlich übertrafen.



Dunkle Wolken über der Akropolis

Und dennoch droht die Griechenland-Rettung erneut ins Stocken zu geraten. Grund ist vor allem das Kalkül von konservativen Austeritäts-Verfechtern um Finanzminister Schäuble, die das Ringen um die Zukunft Griechenlands in der Eurozone gerne zum zentralen Thema im anstehenden Bundestagswahlkampf machen wollen. Je näher die heiße Phase des Wahlkampfes kommt, desto lauter werden die Grexit-Stimmen schreien.

Seit 2015 läuft das mittlerweile dritte Reform- und Hilfsprogramm für Griechenland, an dem bislang nur die Euro-Staaten als Geldgeber beteiligt sind. Auf Druck der Euro-Finanzminister soll nun allerdings auch der Internationale Währungsfonds (IWF) an Bord kommen.

Das bringt allerdings Probleme. Der IWF erkennt zwar an, dass bei der Reform der griechischen Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung bereits vieles geleistet wurde. Für eine dauerhafte Lösung, so der IWF, brauche es aber einen umfangreichen Schuldenschnitt, was die Kürzungspolitik um Wolf-

gang Schäuble sehr nervös macht.

Außerdem verlangt der IWF weitere tiefe Einschnitte im Arbeitsmarkt und in den Sozialsystemen, Einschnitte, die mit der Tsipras Regierung nicht zu machen sind. Damit hat sich der IWF zwischen alle Stühle gesetzt, da er beide seiner europäischen Partner gegen sich aufgebracht hat.

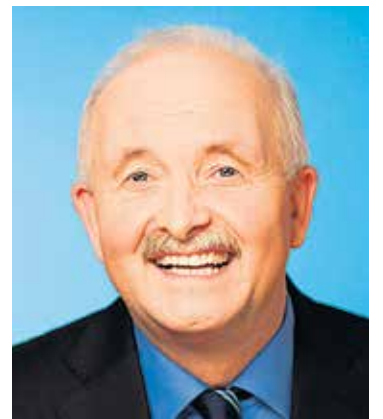
Statt im Wege von Dreiergesprächen konstruktiv nach einem Kompromiss zu suchen, arbeiten sich die deutschen Austeritäts-Verfechter viel lieber an der linken Regierung in Athen ab und bemühen erneut das Klischee des verschwenderischen und reformunwilligen

Pleitegeiers in Athen. Zuletzt gingen einige Vertreter von Union und FDP sogar so weit, erneut den Ausschluss Griechenlands aus der Eurozone zu fordern.

Schäuble und seine Getreuen folgen mit ihrer aktuellen Taktik einem perfiden Kalkül. Mit ihren Attacken gegen Griechenland versuchen sie sich in Wahlkampfzeiten als konservative Kraftprotze zu profilieren, immer in der Hoffnung, dass die Parole ‚keinen Euro mehr für die Pleite-Griechen‘ in der eigenen Wählerschaft Beifall garantiert – und gleichzeitig vielleicht ein paar der Abtrünnigen in der AfD einsammelt.

Es handelt sich dabei allerdings auch um einen klassischen Fall versuchter Vorwärtsverteidigung. Denn der Lärm, den die Grexit-Geier mit ihren neuen Sparforderungen verursachen, überbietet die rationalen, für Schäuble aber unliebsamen Argumente für eine begrenzte Schuldenerleichterung, die ebenfalls vom IWF gefordert wird. Um auf lange Sicht zu nachhaltigem Wachstum und sozialem Frieden in Griechenland zurückzukehren, sollten solche Maßnahmen nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden. So hatte die Eurogruppe im vergangenen Mai klug vereinbart, bedarfsabhängig über Schuldenrestrukturierungen zu sprechen, wenn die Griechen ihre Reformzusagen einhalten. Auch Wolfgang Schäuble war damals dabei...

Wenn es zu einer Beilegung der aktuellen Konflikte kommen wird und ob dann auch der IWF das laufende Programm unterstützt, bleibt derzeit offen. Gerade Letzteres wird dabei entscheidend sein. Denn ohne den IWF wollen sich auch andere Regierungschefs nicht (weiter) beteiligen. Sollten die Geldgeber und der IWF sich nicht bald einigen, steht uns wegen der Wahlen in den Niederlanden und in Frankreich wahrscheinlich bis Sommer eine erneute Hängepartie bevor. Am Ende könnte eine grie-



Udo Bullmann ist Vorsitzender der SPD-Europaabgeordneten. Der Finanzmarkt- und Wirtschaftsexperte gehört seit 1999 dem Europäischen Parlament an. Der gebürtige Gießener betreut 18 kreisfreie, bzw. Sonderstatus Städte und Landkreise in Mittelhessen, der Rhein-Main-Region und Südhessen.

chische Staatspleite drohen. Der darauffolgende Grexit würde die Eurozone und die gesamte EU erneut in schwerste wirtschaftliche und politische Turbulenzen bringen. Soweit darf es nicht kommen, der wahlkampfgesteuerte Teufelskreis, in dem sich Griechenland befindet, muss aufhören.

# Reform des Unterhaltsvorschlusses – weiterer wichtiger Beitrag gegen Kinderarmut

Künftig soll der monatlich gezahlte Unterhaltsvorschuss bis zum 18. Lebensjahr gezahlt werden

Durch eine Ausweitung des Unterhaltsvorschlusses sollen Alleinerziehende und ihre Kinder besser unterstützt werden.

Darauf haben sich unter großem Einsatz von unserer Familienministerin Manuela Schwesig Bund und Länder geeinigt. Künftig soll der monatlich gezahlte Unterhaltsvorschuss bis zum 18. Lebensjahr gezahlt werden; die maximale Bezugsdauer von 72 Monaten soll entfallen.

In Kraft treten soll die Reform zum 1. Juli 2017.

2,3 Millionen Kinder in Deutschland wachsen in einer Ein-Eltern-Familie auf. Ihnen droht häufiger ein Leben in Armut als Gleichaltrigen, die mit beiden Elternteilen zusammen leben. Die Situation verschärft sich noch, wenn der andere Elternteil nicht regelmäßig, gar nicht oder nicht rechtzeitig Unterhalt zahlt. Hier soll der monatlich gezahlte Unterhaltsvorschuss ausgleichen.

Die im vergangenen Jahr veröffentlichte Studie der Bertelsmann Stiftung zu Kinderarmut zeigt, dass 37,6% der Kinder von Alleinerziehenden von Armut gefährdet sind. 50 Prozent dieser Kinder erhalten keinen Unterhalt; 25 Prozent bekommen weniger als ihnen zusteht. Die Folgen von Kinderarmut



Alleinerziehende benötigen finanzielle Unterstützung.

und fehlender Unterhaltszahlungen sind nicht erst seit dieser Veröffentlichung ein wichtiges Thema für die SPD-Fraktion. Nach aktueller Rechtslage erhalten Kinder, die keinen regelmäßigen Unterhalt erhalten, bis zur Vollendung des zwölften Lebensjahres für maximal 72 Monate Unterhaltsvorschuss.

Diese Begrenzung auf das Alter und die Dauer ist aus meiner Sicht

nicht gerecht! Die Kosten für Kindererziehung hören nicht mit dem zwölften Lebensjahr oder nach 6 Jahren auf. Alleinerziehende benötigen auch darüber hinaus finanzielle Unterstützung. Aus diesem Grund ist diese Reform der Unterhaltsvorschussregelung dringend notwendig.

Es ist dem großen Einsatz unserer Familienministerin, Manuela Schwesig, zu verdanken, dass es

zu einer Reform kommt. Unter ihrer Führung haben sich Bund und Länder, trotz des harten Widerstandes der CDU, darauf verständigt, den Anspruch auf Unterhaltsvorschuss auszuweiten.

Insgesamt werden ca. 260.000 Kinder von der Neuregelung des Unterhaltsvorschlusses profitieren.

Neben der Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages leisten wir mit der Ausweitung des Unterhaltsvorschlusses einen weiteren wichtigen Beitrag im Kampf gegen Kinderarmut. Denn jedes Kind und jede und jeder Jugendliche soll die gleiche Chance auf ein gutes Leben haben.



Dagmar Schmidt ist seit 2013 Mitglied im Deutschen Bundestag. Dort ist sie im Ausschuss für Arbeit und Soziales und stellvertretendes Mitglied im Petitionsausschuss und im Auswärtigen Ausschuss. Sie ist zudem Vorsitzende der Deutsch-Chinesischen Parlamentariergruppe. Im Dezember 2015 wurde sie zum zweiten Mal in Folge in den Bundesvorstand der SPD gewählt, wo sie sich ebenfalls hauptsächlich mit dem Themenbereich Arbeit und Soziales beschäftigt.

Wir sind die Experten für neue Energien!

**Moritz-Hensoldt-Straße 20**  
35576 Wetzlar  
Tel. (0 64 41) 2 10 43-0

[www.ing-hermann-schmidt.de](http://www.ing-hermann-schmidt.de)

# Videoüberwachung im öffentlichen Raum

## Oder das Märchen von mehr Sicherheit durch immer mehr Maßnahmen

**Nicht erst seit dem grausamen und heimtückischen Anschlag auf den Weihnachtsmarkt in Berlin oder den Pariser Terrorattacken gegen Charlie Hebdo und Bataclan wird die Forderung nach mehr Videoüberwachung im öffentlichen Raum geäußert.**

Den meisten wird das erste Aufkommen dieser Forderung nach dem 11. September 2001 noch gut in Erinnerung sein. Seitdem kann eine stete Zunahme an Kameras auf öffentlichen Plätzen wahrgenommen werden.

Noch heute ist die erste Reaktion im Zuge eines ähnlichen Vorfalls – meist konservativer Politikerinnen und Politiker – die Forderung nach mehr Videoüberwachung. Wie auch zuletzt in der Stadtverordnetenversammlung von CDU-Mann Klaus Breidsprecher gefordert: Der Magistrat solle, gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Polizei und des Ordnungsamtes, sinnvolle Flächen im Stadtgebiet ermitteln, welche prädestiniert für eine zusätzliche Überwachung durch Kameras sein könnten. Hintergrund ist auch hier, wie bei vergleichbaren Maßnahmen, das vermeintlich schrumpfende Sicherheitsgefühl der deutschen Bürgerinnen und Bürger zu besänftigen.

In der Tat berichten immer mehr Menschen, vor allem Frauen, von einem wachsenden Unwohlsein. Hierbei spielen unter anderem Ängste gegenüber bestimmten



Foto: I23RF

Gruppen, insbesondere ausländisch wirkenden Menschen, eine Rolle, aber auch Betrunkene und Jugendliche werden als Gefahr wahrgenommen und, wie die aktuelle Berichterstattung zeigt, ist dies auch nicht in jedem Fall unberechtigt.

Zum Beispiel kam es an Silvester 2015 zu dutzenden sexuellen Übergriffen auf der Domplatte in Köln, in Berlin wurde ein Obdachloser in Brand gesetzt und eine

Frau die Treppe einer U-Bahn hinabgetreten usw.

So gesehen wundert die Forderung nach einer erhöhten Präsenz des Staates nicht. Auch geben Ermittlungserfolge einzelner Vorfälle dem Verlangen breiter Teile der Bevölkerung Recht. Die U-Bahn-Treter konnten nach kürzester Zeit ermittelt werden und auch der Brandanschlag auf den Obdachlosen war schnell aufgeklärt.

Der Anschlag durch Anis Amri

jedoch konnte anhand des Videomaterials weder verhindert, noch erfolgreich aufgearbeitet werden. Wie sich bereits in weiten Teilen der Bevölkerung herumgesprochen hat, springen Kameras nicht einfach von ihren Masten und können dementsprechend auch keine Verbrechen verhindern.

Sie dienen lediglich als Mittel zur Aufklärung und vielleicht in einigen Fällen als Placebo für das eigene Sicherheitsgefühl. Vielmehr zeigen sie das eigentliche Versagen der nationalen Sicherheitspolitik, nämlich die Folgen einer jahrzehntelangen Entpersonalisierung des öffentlichen Raums; Stichwort: Unterbesetzung der Polizei und anderer Sicherheitsorgane. An Bahnhöfen finden unbehelligt Gewalttaten und Drogendelikte statt und bei größeren Menschenansammlungen muss die bereits unterbesetzte Polizei vor ihrer Aufgabe kapitulieren.

Ebenso zeigte der Fall Amri, dass vor allem die Überforderung der Behörden, sogenannte „Gefährder“ zu erkennen und zu observieren, in genau solch einer Katastrophe enden kann. Ein Mehr an Sicherheit kann es nur geben, wenn sowohl mehr Sicherheitskräfte, wie auch juristisches Personal eingestellt werden.

Ein vollständiger Verzicht auf Videoüberwachung hingegen ist ebenso verkehrt wie ein planloser Ausbau, denn nicht jeder Platz kann rund um die Uhr bewacht

werden. Auch sind Zeugenaussagen oftmals zu ungenau. Hier kann eine überlegte Observierung durch Kameras Abhilfe schaffen. Drogenhandel, Vandalismus und Diebstahl können eingedämmt werden, wohingegen Verbrechen einer anderen Qualität, wie spontane Gewalttaten und Terrorakte, sich kaum durch das auf sie gerichtete Objektiv verhindern lassen.

Klaus Tschackert von der Wetzlarer SPD-Fraktion antwortete dementsprechend unserem ehemaligen Bürgermeister Breidsprecher treffend auf seinen Antrag hin, dass die Privatsphäre ein schützenswertes Gut der Demokratie ist und nicht umsonst besonderen Schutz durch das Grundgesetz genießt. Sie ist das Erste, was Autokratien bei ihrem Aufstieg beseitigen möchten.

Dies gilt es bei einer solchen Forderung nach mehr Überwachung zu bedenken. Man darf nicht vergessen, dass Kameras keinen Unterschied zwischen Täterinnen und Tätern, Opfern und Unbeteiligten kennen. Jeder, der ihren Fokus kreuzt, steht bereits unter Generalverdacht. Auf die Aufnahme eines Verbrechens kommen hunderte Stunden Bildmaterial unbescholtener Mitbürgerinnen und Mitbürger. Dies darf bei allen, durchaus berechtigten Ängsten, nicht vergessen werden.

# Irmer in Panik: Die SPD will ihm die Fleischwurst verbieten!

Am vergangenen Donnerstag erschien die monatliche Ausgabe des „Wetzlar Kurier“ 3/2017 und titelte mit Panikattacken

**Hinter dem unverfänglichen Namen „Wetzlar Kurier“ verbirgt sich die werbefinanzierte Wurfzeitung des CDU-Landtagsabgeordneten und aktuellen Bundestagskandidaten für den Wahlkreis 172 (Lahn-Dill-Kreis, Biebertal, Wetztenberg) Hans-Jürgen Irmer.**

Das Blatt titelte unter der Schlagzeile „Die SPD auf dem Marsch in eine andere Republik“ vier verschiedene Kurznachrichten, die sich mit unterschiedlichen Positionen von SPD-Politiker\*innen befassen.

Die Aussage von Martin Schulz wird dabei völlig aus dem Kontext gerissen. Hört man sich die gesamte Passage seiner Rede an, aus der das Zitat entnommen ist, versteht man seine Aussage:

„Was die Flüchtlinge zu uns bringen, ist wertvoller als Gold... Es ist der unbeirrbar Glaube an den Traum von Europa. Ein Traum, der uns irgendwann verloren gegangen ist.“

In diesem Zusammenhang schlägt er beispielsweise vor, mehr Kompetenzen auf die nationale, regionale oder kommunale Politik-Ebene zu verlagern, um sie zurück zu den Menschen zu holen.

Zur Bewältigung der Flüchtlingssituation bedürfte es aber auch einer gemeinsamen europäischen Lösung mit den entsprechenden Kompetenzen auf europäischer Ebene statt nationaler Alleingänge. Eben solche führen dazu, dass we-

nige Länder die Folgen alleine bewältigen müssen.

Diese kritischen und konstruktiven Ansätze verschweigt der Wetzlar Kurier.

Dem charismatischen SPD-Spitzenkandidaten die gehasste Zuwanderung anzulasten, ist wesentlich einfacher, als anzusprechen, dass das CDU-geführte Bundesinnenministerium sich immer wieder aufs Neue mit Inkompetenz und Unwille selbst übertrifft, die Aufnahme geflüchteter Menschen verträglich zu gestalten.

Die SPD-Umweltministerin Barbara Hendricks möchte Fisch und Fleischprodukte verbieten...

...Als Gastgeberin bei Empfängen im Umweltministerium.

Dieser Umstand könnte schlimmstenfalls den Autor des Artikels persönlich betreffen, falls er jemals mit einer Einladung in das Bundesumweltministerium rechnen sollte. Eine generelle Ablehnung dieser Forderung erscheint hingegen nicht plausibel. Statt „Bevormundung“ möchte die Bundesumweltministerin lokale Erzeuger\*innen fördern und den Umland-Bauernhof gegenüber importierten Chlorhühnchen vorziehen. Die Umsetzung der Idee zielt darauf ab, als gutes Vorbild im Hinblick auf die Reduzierung des Fleischkonsums voranzugehen.

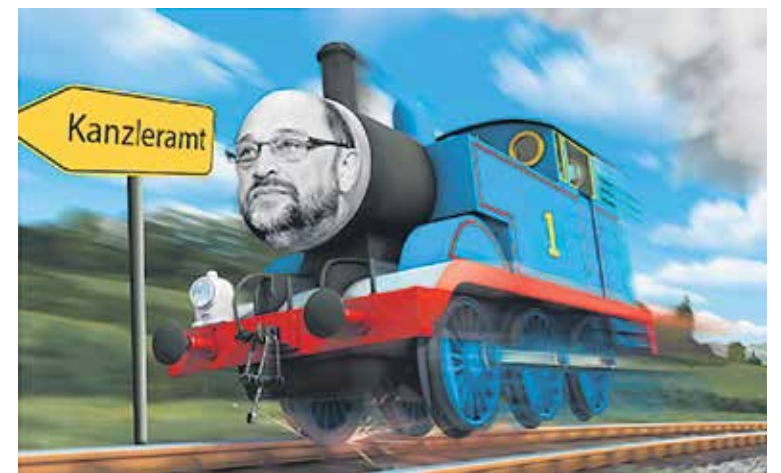
Auch dieser Umstand stößt bei Herrn Irmer offenbar auf Unverständnis. Der Draht zur örtlichen Landwirtschaft im Lahn-Dill-Kreis

scheint hier gänzlich verloren gegangen zu sein, wenn das Fleisch vom Discounter in den Augen des Unionspolitikers dem Erzeugnis des lokalen Bauern vorgezogen werden sollte.

Flankiert werden die aus dem Kontext gerissenen Zitate des politischen Gegners (SPD), der aus Sicht der CDU beängstigend erstarkt ist, von der gefälligen Selbststellung Irmers:

Zum einen sieht er sich als Wähler der inneren Sicherheit, wenn es darum geht, auf Veranstaltungen der „Bürgerinitiative“ Pro Polizei e.V., der er selbst vorsitzt, präsent zu sein. Zum anderen scheint es mit der Wertschätzung für die hessische Polizei nicht so weit her zu sein, da er als Teil der schwarz-grünen Landesregierung durchaus dafür sorgen könnte, die adäquate Bezahlung und Einstellung weiterer Polizist\*innen zum Abbau der siebenstelligen Überstundenzahl voranzubringen. Hier lässt er seinen Worten jedoch keine Taten folgen.

Auf der letzten Seite des Blatts findet sich eine halbseitige Anzeige des sektiererischen KOPP-Verlages, der seit Jahren mit pseudowissenschaftlichen Thesen über historische Unwahrheiten, die „Asylin-dustrie“ oder gar UFO-Sichtungen von sich hören lässt. Letztlich fügt sich der Verlag mit seinen „alternativen Fakten“ jedoch hervorragend in die Rhetorik des Gesamtpamphlets „Wetzlar Kurier“.



Den Schulzzug wird auch ein Wetzlar Kurier nicht aufhalten können

Bereits in der Vergangenheit wurden regelmäßig Anzeigen des vom Verfassungsschutz als „rechts-extremistisch“ eingestuften Vereins „Die deutschen Konservativen e. V.“ veröffentlicht, die von den „schlimmen, roten Fundamentalisten“ aufseiten der Grünen warnten.

Der Wetzlar Kurier kann auch in diesem Monat nicht überraschen, ist er doch traditionell tendenziös und in seiner Argumentation völlig beliebig. Doch eines mag den geeigneten Leser\*innen aufgefallen sein, die die Titelseite auf den wenigen Metern zwischen Zeitungsrolle und Altpapierzone gelegentlich überflogen haben:

Die CDU hat Angst. Nach lan-

gen Zeiten der Höhenflüge erntet die CDU in den Umfragen den Lohn für die traurige Gestalt, die sie seit Beginn in der Großen Koalition abgibt. Auf Seiten der SPD hat sich jedoch ein authentischer, bodenständiger und sympathischer Kandidat Schulz angeschickt, Frau Merkel die leidige Kanzlerschaft abzunehmen und das Amt mit frischem Wind und neuer Energie zu füllen.

Dem „Schulzzug“ kann die Union weder personell noch inhaltlich etwas entgegenstellen und sie fürchtet nun, überrollt zu werden. Mit dieser Verzweiflung in den Augen wird, selbst für CDU-Verhältnisse überraschend früh, in die untersten Schubladen gegriffen.

# Die neun guten Gründe für die Energiewende

Ohne Subventionen für fossile und nukleare Energieträger wären die Erneuerbaren schon heute kostengünstiger als diese

**Weit verbreitet ist das Missverständnis, einziger Grund für die im Jahre 2000 von Rotgrün unter Bundeskanzler Gerhard Schröder eingeleitete Energiewende sei der sogenannte Klimaschutz. Dies ist aber falsch.**

Es gibt viele Gründe, die Energiewirtschaft so schnell als möglich zu 100% auf dezentral genutzte Erneuerbare Energien umzustellen. Die dezentrale Nutzung von Erneuerbaren Energien ist mittel- und langfristig kostengünstiger als das Verbrennen von fossilen Energieträgern oder das lebensgefährliche Spiel mit der Atomtechnologie.

Ohne Subventionen für fossile und nukleare Energieträger wären die Erneuerbaren schon heute kostengünstiger als diese. Und die Erneuerbaren Energien werden – im Gegensatz zur Kohle- oder Atomkraft – immer billiger.

Die dezentrale Nutzung von Erneuerbaren Energien macht uns unabhängig von konfliktreichen Herkunftsländern und entzieht den Konflikten um Öl, Kohle, Erdgas und Uran gleichzeitig den Treibstoff. Sie ist damit ein aktiver Beitrag zum Frieden.

Sie macht die Welt sicherer. Die dezentrale Nutzung von Erneuerbaren Energien holt die Wert-

schöpfung in die Regionen und stärkt damit die ländlichen Räume, sie schafft hochwertige Arbeitsplätze in Produktion, Aufbau, Betrieb, Pflege, Wartung und später auch Abbau und Recycling von Erneuerbare-Energien-Anlagen. Sie ist im besten Sinn bürgernah und mittelständisch.

Die dezentrale Nutzung von Erneuerbaren Energien macht unsere Energieversorgung sicherer gegen Störungen von innen, wie von außen. Sie ist in ihrer Wirkung marktwirtschaftlich und wird zu einem fairen Energiemarkt ohne unfaire Oligopolprofite führen. Die dezentrale Nutzung von Erneuerbaren Energien verringert massiv die Belastung unserer Luft mit Schadstoffen und rettet damit jedes Jahr tausende Menschenleben. Sie reduziert den Ausstoß von CO2 und ist damit die einzige richtige Antwort auf die Klimakatastrophe und die von der Bundesregierung eingegangenen Verpflichtungen zum Klimaschutz.

Je schneller wir zu einer dezentralen Nutzung von Erneuerbaren Energien zur vollständigen Abdeckung des Energiebedarfs kommen, desto kostengünstiger wird dieser Umbau der Energieversorgung, da bei einem schnellen Umbau der kostspielige Parallelbetrieb nicht kompatibler Energieversorgungssysteme minimiert oder gar vermieden werden kann.

Wenn viele dieser Gründe nicht so bekannt sind, so liegt dies auch an wirtschaftlichen Partikularinteressen von großen Konzernen und Wirtschaftsverbänden. So tut zum Beispiel die Atomindustrie in kostspieligen Kampagnen so, als gin-

ge es bei der Energiewende allein um den Klimaschutz und die Vermeidung von Kohlendioxid. Die Hoffnung der Atomlobbyisten ist, die gefährliche Atomenergie als kohlendioxidarme Stromproduktion wieder ins Spiel zu bringen und gleichzeitig die lästige dezentrale und immer kostengünstigere Konkurrenz der Erneuerbaren Energien loszuwerden – und wieder als Oligopolisten die Strompreise diktieren zu können.

Aber auch die Projektierer und Betreiber von Windkraftanlagen und Freiflächen-Solaranlagen weisen gern auf Klima- und Umweltschutz. Denn das Argument der lokalen Wertschöpfung ist für sie mit Kosten verbunden. Dabei ist bekannt, dass überall dort, wo von Anfang an klar war, dass die Windkraftanlagen durch Pachtzahlungen an die Gemeinde auch der Allgemeinheit zu Gute kommen, kaum Proteste gegen Windkraftanlagen entstehen. Und so sichern vielerorts Windkraftanlagen inzwischen den Erhalt von Schwimmbädern, Dorfgemeinschaftshäusern, Jugendzentren und anderen kommunalen Einrichtungen.

Das die mächtige Mineralölindustrie dem Argument der notwendigen Unabhängigkeit von unsicheren Weltregionen nichts abgewinnen kann, versteht sich von selbst. Fast das gesamte Öl kommt aus solchen Regionen. Saudi-Arabien finanziert mit den Ölmilliarden weltweit eine Auslegung des Islam, die sich kaum von der sogenannten „Islamischen Staates“ (Daesh) unterscheidet. Letzterer hat sich auch durch Ölverkäufe finanziert. Deshalb müssen wir weg-



**Landtagsabgeordneter Stephan Grüger** aus dem Lahn-Dill-Kreis ist Mitglied des Wirtschaftsausschusses und des Europaausschusses des Hessischen Landtages und Industrie- und Außenhandelspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag

vom Öl, auch dafür brauchen wir die Energiewende.

Das Prinzip der Energiewende ist die Ersetzung von Brennstoffen durch Technologie zur Ernte von frei zur Verfügung stehender Energie. Ein großer Teil der Energiewende beruht auf deutscher Ingenieurskunst und meist mittelständischer Industrie. Durch die Energiewende wurden in Deutschland bislang schon über 350.000 Arbeitsplätze geschaffen und viele Arbeitsplätze im industriellen Mittelstand erhalten. Das sollte für Sozialdemokraten das wichtigste Argument für die Energiewende sein.



**Skandinavien Rundreisen**

21.06. - 04.07. **Nordkap und Lofoten** ab € 2.019,-  
12.07. - 25.07. inkl. Übernachtungen mit HP, Fährpassagen, Fahrt mit den Hurtigruten, Eintritt Nordkap, Inselführung Lofoten, u.v.m.

01.08. - 10.08. **Traumrouten Norwegen** ab € 1.599,-  
inkl. Übernachtungen mit HP, Fährpassagen, Fahrt mit den Hurtigruten, 2 Zugfahrten, Stadtführung in Oslo u. Trondheim u.v.m.

06.09. - 12.09. **Norwegen Indian Summer** ab € 999,-  
inkl. Übernachtungen mit HP, Fährpassage, Zugfahrt, Wanderung mit Guide, u.v.m.

**Das Baltikum erleben**

11.05. - 20.05. **Kulturerlebnis Baltikum** ab € 1.299,-  
16.08. - 25.08. inkl. Übernachtungen mit HP, Stadtbesichtigung in: Riga, Pärnu, Tallinn, Helsinki u.v.m., Besichtigung Wasserburg Trakai u.v.m.

**Rundreisen Großbritannien**

07.06. - 17.06. **Faszinierendes Irland** ab € 1.399,-  
20.06. - 30.06. inkl. Fährpassagen, Übernachtungen mit HP,  
24.10. - 03.11. Eintritte und Besichtigungen: Giants Causeway Visitor Centre, Donegal Castle, Cliffs of Moher

09.06. - 15.06. **Das Schottische Hochland** ab € 919,-  
08.09. - 14.09. inkl. Fährpassagen, Übernachtung mit HP, Besuch der Blair Athol Distillery, Eintritt in Jedburgh Abbey, Edinburgh Castle, u.v.m.

07.06. - 11.06. **Grafschaft Kent** ab € 659,-  
inkl. Fährpassagen, Übernachtung mit HP, Eintritte für Wisley Garden, Leeds Castle Gardens, Sheffield Park Garden u.v.m.

**Mediterrane Rundreisen**

28.05. - 02.06. **Das Loiretal neu erleben** ab € 819,-  
inkl. Übernachtungen mit HP, Schifffahrt auf dem Cher, Weinprobe, Eintritte: Schloss Blois, Schloss Beaugard, Schloss Chambord u.v.m.

13.05. - 21.05. **Toskana-Umbrien** ab € 999,-  
inkl. Übernachtungen mit HP im 4-Sterne Hotel, Zugfahrt Montecatini - Florenz, div. Ausflüge mit Reiseleitung, Weinprobe u.v.m.

**Neue Öffnungszeiten ab 01.03.2017**

Reisebüro Langgasse	Mo. - Fr.	09 <sup>00</sup> - 18 <sup>00</sup> Uhr
Reisebüro Bannstr.	Mo. - Fr.	10 <sup>00</sup> - 19 <sup>00</sup> Uhr
Reisebüro Bannstr.	Sa.	10 <sup>00</sup> - 19 <sup>00</sup> Uhr

**Beratung & Buchung**  
Reisebüro Gimmler GmbH, 35576 Wetzlar  
Langgasse 45-49 & Bannstr. 1 oder in den bekannten Agenturen  
Hotline 06441 / 90100 · Telefax 06441 / 9010111  
info@gimmler-reisen.de · www.gimmler-reisen.de

## BÄRBELS BAUERNBROT



**Bärbel Keiner**, für die SPD im Magistrat und Vorsitzende des Behindertenbeirates, macht sie sich ihr Brot öfter selbst und gibt uns hier das Rezept für ihr Bauernbrot.

500 g Weizen- (Type 1050) oder 250 g Weizen- und 250 g Dinkelmehl  
500 g Roggen-Vollkornmehl  
1 EL Salz, 1 EL Zucker  
1 Würfel Hefe  
1 Päckchen Sauerteigpulver  
evtl. 150 g gemischte Kerne (z.B. Sonnenblumen-, Pinien- und Kürbiskerne)

**Zubereitung**  
600 ml lauwarmes Wasser mit einem EL Zucker, der Hefe und dem Sauerteigpulver vermischen. Das Mehl und Salz dazu geben

und kurz verkneten. Der Teig ist weich und klebrig.

Den Teig mit einem Tuch abgedeckt an einem warmen Ort mindestens zwei Stunden gehen lassen, bis sich das Teigvolumen verdoppelt hat.

Eventuell die Kernmischung zum Teig geben. Wer möchte, kann auch andere Nüsse, Vollkornschrot oder Leinsamen nehmen.

Auf einer gut bemehlten Arbeitsfläche nur so lange verkneten, bis alle Kerne gut eingearbeitet sind.

Den Teig zu einem Brotlaib formen und in eine gefettete und bemehlte Brotbackform legen, oben mehrfach einschneiden und leicht mit Mehl bestäuben. Abgedeckt nochmals ca. eine Stunde gehen lassen.

Den Backofen auf 230 Grad Ober- und Unterhitze vorheizen. Eine Schale mit Wasser in den Backofen stellen.

Das Brot etwa 30 Minuten backen, danach die Temperatur auf 200 Grad reduzieren und noch 15 bis 25 Minuten backen.

Auf einem Kuchengitter abkühlen lassen.

Viel Spaß beim Backen und lassen Sie es sich gut schmecken.

Ihre Bärbel Keiner



Foto: Bärbel Keiner

# Erster Profikampf für Wetzlarer Boxer

OB drückt die Daumen für Boxer Emir Ahmatovic

Gute Wünsche für seinen ersten Profikampf hat Oberbürgermeister Manfred Wagner (SPD) dem im Cruisergewicht antretenden Wetzlarer Boxer Emir Ahmatovic bei einem Besuch im Rathaus mit auf den Weg gegeben.

Der Bronzemedaillegewinner der Europameisterschaften 2013 in Minsk ist zum Jahresanfang aus dem Amateurbereich in den größten deutschen Profiboxstall, den Sauerland-Boxstall gewechselt, wo er unter dem renommierten Trainer Uli Wegener in Berlin trainiert. Am 11. März wird Ahmatovic in Ludwigshafen seinen ersten Profikampf bestreiten. Der Gegner steht noch nicht fest. Wagner nannte den 30-jährigen Boxer eines der Aushängeschilder der Sportstadt Wetzlar. Mit seiner Lebensgeschichte – Ahmatovic kam mit 12 Jahren als bosnischer Flüchtlingsjunge nach Wetzlar – sei er auch



ein Beispiel für die Integrationskraft, die dem Sport innewohnt. Als Profi wird Ahmatovic sechs bis sieben Boxkämpfe pro Jahr ausfechten. Auf seiner Wunschliste steht auch ein Hauptkampf in seiner Heimatstadt Wetzlar.

# Fabians Goldreck steht jetzt in Wetzlar

Es steht in „seiner“ Trainingshalle an der August-Bebel-Schule in Wetzlar

Nach dem überragenden Olympiasieg des Wetzlarer Ausnahmeturners Fabian Hambüchen hatte der Sportgerätehersteller Spieth schnell entschieden, dass das Reck dem Goldmedaillegewinner als Erinnerung an seinen tollen Erfolg geschenkt wird.

Jetzt kam es in Wetzlar an. Unter den Augen von einigen Gästen, aber einer großen Zahl von Journalisten signierte Fabian Hambüchen das „Goldreck“. Es steht in „seiner“ Trainingshalle an der August-Bebel-Schule in Wetzlar; nicht zur Ausstellung, sondern zum Gebrauch. Viele Athleten werden jetzt bei ihren Übungen im Kunstturnleistungszentrum einen Hauch von Rio verspüren, meinte Oberbürgermeister Manfred Wagner, der gemeinsam mit Landrat Wolfgang Schuster und dem Sportdezernenten des Lahn-Dill-Kreises an der Übergabe des „Rio-Recks“ teilnahm.



Oben von links: Landrat Wolfgang Schuster, Fabian Hambüchen, OB Manfred Wagner und Turngaupräsident Wolfgang Hofmann



Links signiert Fabian Hambüchen sein Goldreck

# Wetzlarer Handballer erfolgreich

Ian Weber gewinnt mit der Jugendnationalmannschaft in Paris den Mittelmeer-Cup

Großer Erfolg für Ian Weber von der HSG Wetzlar und seinem Kollegen Merlin Fuß vom TV Hüttenberg mit der Jugend-Nationalmannschaft des DHB: Sie gewannen gegen Spanien das Finale der 14. Mittelmeerspiele in Paris.



Ian Weber von der HSG Wetzlar und Merlin Fuß vom TV Hüttenberg

Am Ende setzte sich die U17-Vertretung mit 30:25 gegen die Iberer durch und sicherte sich damit den Turniersieg. Am Sieg waren beide mit starken Leistungen im gesamten Turnierverlauf maßgeblich beteiligt. Ian Weber spielt aktuell bei der HSG A-Jugend, obwohl er noch B-Jugend Jahrgang ist, Merlin Fuß zumeist in der B-Jugend des TVH. Jochen Beppler, Jugend-Bundestrainer, der die Mannschaft als Delegationsleiter begleitete, zeigt sich mit der Leistung ebenfalls sehr zufrieden: „Die Mannschaft hat sich hier sehr gut präsentiert.“

## UNSER BUCHTIPP

Rita Falk

### LEBERKÄS-JUNKIE – Ein Provinzkrimi

Eine Tote im Fremdenzimmer von der Mooshammer Lies! Schlechte Zeiten für den Eberhofer: Die Cholesterinwerte so hoch wie die Laune im Keller, Schluss mit Warmen vom Simmerl. Und jetzt noch diese Brandleiche bei der Mosshammerin. Doch als ausgerechnet Buengo, der angolische Fuß Gottes vom Rot-Weiß Niederkaltenkirchen, unter Mordverdacht gerät, nimmt der geschwächte Franz die Ermittlungen auf.

Die Autorin Rita Falk legt mit ihrem siebten „Eberhofer-Fall“ in der Reihe Provinzkrimi erneut eine spannende und unterhaltsame Krimilektüre vor. Zu Recht steht dieses Buch ganz oben auf den Bestsellerlisten!

dtv Verlagsgesellschaft  
München 2016  
ISBN 978-3-423-21662-3  
9,95 Euro



## VERANSTALTUNGS-TIPPS

12. März 2017  
RSV-Lahn-Dill – Hyères Handy Basket  
Rollstuhl Basketball-Bundesliga  
Uhrzeit: 16:00 Uhr  
Ort: August-Bebel-Sporthalle  
Wetzlar -Niedergirmes

15. März 2017  
Konzert mit dem Vokalensemble  
„Petersburger Harmonie“  
Uhrzeit: 19:30 Uhr  
Christuskirche Niedergirmes  
Eintritt frei, Spenden gerne  
Musikalische Gäste: Ute Haas,  
Sibille Hornivius, Gesang,  
Olga Chachalina, Klavier.

17. März 2017  
Brothers in Arms  
Uhrzeit: 21:00 Uhr  
Ort: Kulturzentrum Franzis

18. März 2017  
Der letzte der feurigen Liebhaber  
Uhrzeit: 20:00 Uhr  
Ort: Kellertheater Wetzlar  
Brühlsbachstraße 2 (Stadthalle)

23. März 2017  
Jürgen von der Lippe  
Uhrzeit: 20:00 Uhr  
Ort: Stadthalle Wetzlar

25. März 2017  
Fetzer Blues Band  
Uhrzeit: 20:00 Uhr  
Bunte Katze, Niedergirmes  
Nauheimer Straße 10

29. März 2017  
Ben Granfelt Band  
Uhrzeit: 20:00 Uhr  
Ort: Kulturzentrum Franzis

31. März 2017  
HSG Wetzlar – GWD Minden  
Handball-Bundesliga  
Uhrzeit: 19:00 Uhr  
Ort: Rittal-Arena, Wetzlar

Alle Angaben ohne Gewähr

ARBEITERWOHLFAHRT ORTSVEREIN  
WETZLAR **AWO**

HERZLICH WILLKOMMEN

SENIORENTREFF "NEUSTADT"  
WILHELM REITZ HAUS  
35576 WETZLAR  
BRETTSCHEIDERSTRASSE 4  
DONNERSTAG 14:30 UHR